

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Vollbuchhandlung
Gottlingen-Zürich.
Verkaufsstellen
Frankfurt am Main
Gemeinnützige Verlag
nach der Schweiz folgen
Troppen.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N: 22.

Donnerstag, 25. Mai.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontant)
Fr. 2.— für Deutschland (Kontant)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Kontant)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Vierteljahrespreis (Kontant).

Inserate

Die Druckkosten betragen
25 Hk. — 20 Hk.

1882.

AVIS an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden. Die Briefmarken über den mehren Theil der Briefe und Postsendungen, sowie den Inhalt der Sendungen zu übersehen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptverpflichtung ist hierin einzusehen, daß unsere Freunde so leiten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag leicht übermitteln, sondern sich möglichst an irgend eine unverbotliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß uns und möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bekanntlich größter Eifer bei Besondereinstellung. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten des „Sozialdemokrat“ unsere Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienoffen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Fünfzig Jahre später.

Immer mehr zeigte sich, daß Preußen und Oesterreich Hand in Hand arbeiteten, um das Streben des deutschen Volkes nach Erweiterung seiner Rechte zu hintertreiben, und daß sie darin von den Mittel- und Kleinstaaten willig unterstützt wurden. Alle Konzeptionen, welche einzelne Regierungen nach den Ereignissen in Frankreich hier und da dem Volke gemacht hatten, wurden nach einander zurückgenommen, mit jedem Tage wurden die Regierungen anmaßender, die Polizei frecher, brutaler. Aber trotzdem fanden sich Männer, welche es wagten, eine freie, kühne Sprache zu führen, welche rückhaltlos die Rechte des Volkes verteidigten; und ihre Worte fanden begeisterten Widerhall, wofür sie nur drangen. Und als diese Männer aus Anlaß eines Gedentages das Volk in ein entlegenes Städtchen des Westens zusammenriefen zu einer Feier zu Ehren seiner Rechte, da wagte es selbst die Regierung nicht dasselbe zu verbieten. Es fand unter ganz kolossaler Theilnahme des Volkes statt, und die Redner des Tages führten eine Sprache gegen die Regierungen, wie sie bisher für unmöglich gehalten worden war in Deutschland.

Das geschah — vor fünfzig Jahren.
Fünfzig Jahre sind es her, daß J. G. Wirth, der mutige Redakteur der „Deutschen Tribune“ und Siebenpfeiffer, der Herausgeber des „Westboten“, das deutsche Volk einluden, am 27. Mai nach dem pfälzischen Städtchen Hambach zu ziehen, um unter der dortigen Schloßruine den Jahrestag der Verkündung der bayerischen Verfassung zu feiern. Hier hätte der Bundesrat, gern die bayerische Regierung das Fest verboten, aber die Behörden von Hambach erklärten, angesichts der aufgeregten Stimmung des Volkes dann nicht für die öffentliche Ruhe garantieren zu können, und das Fest fand trotzdem statt. Auf dreißigtausend Mann wird allseitig die Zahl seiner Besucher angegeben. Kühn und rückhaltlos, sagten wir, war die Sprache, welche auf dem Feste geführt wurde. „Es wird kommen der Tag“, sagte Siebenpfeiffer, „wo der Deutsche an den Alpen und der Nordsee, vom Rhein, von der Donau und der Elbe den Bruder im Bruder umarmt, wo die Polstücker (Scepter?) und die Hoheitszeichen der Hemmung und Bedrückung lammt den Konstitutionen verschwinden, die man eilichen mürrischen Kindern der großen Familie als Spielzeug verlieh; wo der Beamte und der Krieger, statt mit der Bedientenjacke des Herrn und Meisters, mit der Volksbinde sich schmückt; wo nicht 34 Städte und Städtlein von 34 Höfen um den Kreis händischer Unterwerfung das Almosen empfangen; — — — wo die deutsche Klage allen freien Völkern den Brudergruß anbietet. Es wird kommen der Tag, wo das deutsche Weib nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers, unsern Söhnen und Töchtern schon als stammelnden Säuglingen die Freiheit einflößt.“ — Und Wirth sprach von Königs-krone und Hochverrathern und brachte ein dreifaches Hoch aus auf das vereinigte republikanische Europa!

Freilich, es blieb damals noch bei den Reden. Die Begeisterung, welche alle Theilnehmer besetzte, wich bald einer anderen Stimmung; unerhörte Verfolgungen brachen herein, die Einberufer des Festes wurden in den Kerker geworfen, die wenigen Rechte des Volkes wurden vollends gemindert, und als ein Jahr nach dem Hambacher Feste der Versuch, das Volk durch die Propaganda der That zur Erhebung zu bewegen, mißlungen war, da ging die Hebe auf die „Demagogen“ los; gegen zweitausend Personen, meist dem besser Situirten, dem gebildeten Bürgerstande angehörig, wurden ins Gefängniß geworfen, viele derselben geistig und körperlich auf's grausamste mißhandelt, zum Wahnsinn und in's Irrenhaus, der darmstädtische Pfarrer Weidig durch die brutale Behandlung seines Untersuchungsrichters Georgi zum Selbstmord getrieben.

Aber die Männer des Hambacher Festes hatten es wenigstens gewagt, der Gewalt zu trotzen, sie hatten es gewagt, wenn auch nur einen Tag, frei zu sein. Und obgleich begeisterte Anhänger eines geeinigten Deutschlands, hatten sie sich doch frei von jeder nationalen Beschränkung gezeigt. „Seht ihr uns die Freiheit nicht gutwillig“, tönt es aus ihren Reden heraus, „so holen wir sie uns mit Gewalt — wenn es sein muß, mit Hilfe der Franzosen“ (die bekanntlich zwei Jahre vorher die Bourbonen verjagt hatten). Polen und Franzosen nahmen an dem Hambacher Feste Theil, und einer der gefeiertsten Gäste desselben war der „bleiche Jude“ Börne, dem man ein Schwert als Ehrengabe überreichte.

Und heute? Und fünfzig Jahre später?
Die Revolution, welche die Männer des Hambacher Festes aus tiefster Seele herbeigewünscht hatten — denn sie trugen sich

nicht mit der lächerlichen Illusion, die Freiheit von den Bedrückern des Volkes als Geschenk freiwillig hingeworfen zu erhalten — die Revolution hat stattgefunden, gerade im bairischen und pfälzischen Lande war das Volk am härtesten für dieselbe eingetreten, aber die Fürsten blieben schließlich Sieger über dieselbe, sie brachte dem deutschen Volke die ersehnte Freiheit nicht. Die Einheit Deutschlands ist freilich erzwungen, aber nicht mit Hilfe der freilich gesinneten Franzosen, indem man „die 34 Fürsten“ verjagte, sondern durch den Kampf gegen die Franzosen, und das halbe Schock Fürsten „regiert“ noch immer. Fünfzig Jahre sind seit dem Hambacher Feste verfloßen, man hat seitdem viel von dem „Erwachen des deutschen Volksgeistes“ gesprochen, vor zehn Jahren sprach man auch davon, wie sich Alles so „herrlich“ erfüllt habe. Ja es hat sich „herrlich“ erfüllt: Vor fünfzig Jahren hatte die Regierung nicht gewagt, das Hambacher Feste zu verbieten, heute wagt sie es ohne Scheu. Vor fünfzig Jahren mußte die Regierung befürchten, daß das Fest eventuell gegen ihren Willen abgehalten werde, heute versuchen es die Einberufer mit einer Rekursangelegenheit. Schlägt diese fehl, so findet das Fest gar nicht oder hinter verschlossenen Thüren statt; wird aber das Fest hundertfach bewilligt, so wird auf demselben schwerlich ein Wirth sich finden, der ein Hoch auszubringen wagte auf das vereinigte republikanische Europa!

Sollte das wirklich der ganze Unterschied sein zwischen heut und damals? Sollte wirklich das deutsche Volk sich soweit rückentwickelt haben? Nein, schildern wir die Verhältnisse nicht schlimmer als sie in Wirklichkeit sind. Wohl wagt die Regierung heute, die Feier des Hambacher Festes zu verbieten, aber sie kann das nur, gestützt auf eine Militärmacht, wie man sie damals noch nicht kannte, und auf einen großen Theil des Bürgertums, der mit ihr gemeinsame Sache macht gegen die Masse des Volkes. Auch sind es nicht die geistigen Erben jener Männer von 1832, welche heute die Jubiläumsfeier arrangirt haben, so wenig, als es die waren, welche vor zehn Jahren, begleitet von einer preussischen Militärmacht, den Hambacher Schloßberg hinaufzogen, um sich der neuen preussisch-deutschen Herrlichkeit zu erfreuen. Nein, ebensowenig als die National-liberalen dürfen sich die Volksparteier rühmen, den Geist zu vertreten, der die Männer des Hambacher Festes von 1832 besetzte. Sie sind deren Nachbeter vielleicht, aber was damals echter Fortschritt, ja man kann sagen revolutionär war, ist es heute nicht mehr, ist heute reaktionär, zum mindesten Stillstand. Heute gibt es nur eine revolutionäre Partei, und das ist die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie aber ist gewaltig unterdrückt, gegen sie herrschen Ausnahmegerichte, zum Theil jenen gleich, zum Theil schlimmer als jene, unter welchen die Freiheitskämpfer der dreißiger Jahre zu leiden hatten. Aber aller Verfolgungen ungeachtet trägt die Sozialdemokratie stolz und ungebeugt ihr Haupt, trotzig schaut sie dem mächtigen Gegner in's Gesicht, sie weiß, daß ihr die Zukunft gehört. Die Zukunft, die nicht fern mehr ist. Denn was auch die Kleinmüthigen und Verzagten einwenden mögen, immer stärker erwacht im deutschen Volke der Geist des Widerstandes gegen den Druck von oben, immer deutlicher zeigt es das Bestreben, sich seiner politischen und sozialen Bedrücker zu entledigen. Und je unerschämter diese ihre Unterdrückungswerk betreiben, je schamloser sie das Volk wirtschaftlich aus-saugen und politisch knechten, um so stärker wächst auch die Entschlossenheit, daß dieser Druck nicht beibehalten wird durch schöne Reden und Beschlüsse, sondern durch energische Handlungen, daß die soziale und politische Befreiung des arbeitenden Volkes dessen eigenes Werk sein muß, und daß das deutsche Volk nicht eher Freiheitsfeier wird feiern können, als bis es fest entschlossen ist, sie abzuhalten ohne obrigkeitliche Erlaubniß!

Briefe aus Berlin.

Berlin, 19. Mai 1882.

Der Reichstag ist glücklich in die Ferien gegangen, und zwar schon einen Tag vor der festgesetzten Zeit, weil sonst blamabler Schluß in Folge von Beschlußunfähigkeit eingetreten wäre — wo nicht gar der Tod durch Langeweile, oder Mundverre. So viel gegähnt und geschlafen hat noch nie eine parlamentarische Körperschaft, als der deutsche Reichstag in dieser ersten Abtheilung seiner jetzigen „außerordentlichen“ Session.

Kein Zehntel und mehr sämtlicher Mitglieder wollten von vornherein keine Frühjahrs- und Sommersession, die bloß durch eine persönliche Laune des Herrn Bismarck herbeigeführt wurde. Der eiserne Kanzler wollte durchaus den Reichstag hinführen, den Parlamentarismus diskreditiren, indem er ihn zu unerschöpflichen Debatten zwang. Die außerordentliche Session sollte in der That eine Art Straffession sein. Drei, vier Monate im Sommer zu Berlin — das ist wahrhaftig für die biederen Herren Volksvertreter kein Witz.

Einen anderen Zweck hatte und hat die Session nicht. Daß das Tabakmonopol jetzt nicht durchzuführen ist, weiß Bismarck so gut wie wir es wissen, und die andern Gesetzentwürfe (Unfall- und Krankenlastengesetz) sind ja bloß Anhangsangelegenheiten, durch welche der arbeitervreundliche Schein notwendig gemacht werden soll.

Unter solchen Verhältnissen kann man es den Herren Volksvertretern nicht verargen, daß sie sich sagen:

„Willst Du uns hinführen, so wollen wir Dich hinführen!“ und daß sie, statt sich der Straffigkeit demüthig zu unterziehen, einen parlamentarischen Streik machten und entweder gar nicht in den Reichstag kamen, oder in dem Reichstag schliefen.

Gegen diesen passiven Widerstand in superlativo war nicht anzukommen, und so mußte der verfallene Reichstag denn am Dienstag auf drei Wochen in die Ferien geschickt werden.

Die Tabakmonopoldebatte war die einzige, die ein Wochen Interesse erweckte; indes herrschte auch während ihrer die schläfrige Stimmung vor, welche bisher die Signatur der außerordentlichen Session bildete.

Nur ein Redner wurde mit allgemeiner Aufmerksamkeit gehört, und das war Volkmar, der Sprecher der Sozialdemokraten. Seine Erscheinung, seine Lebensgeschichte, der Inhalt und Vortrag seiner Rede — Alles vereinigte sich, ihm das Ohr des Hauses zu gewinnen und den Erfolg seines Maidonspeech (Jungjüngersrede) zu sichern. Volkmar vertrat scharf und mit rückhaltloser Offenheit den Standpunkt unserer Partei, und wir haben alle Ursache, mit dem zweiten Tag der Monopoldebatte zufrieden zu sein. Nach Volkmar, dem offiziellen Reaktionsredner, hatten sich für den Fall einer verlängerten Debatte noch Haseklee, Geiser und Frohne zum Wort gemeldet — der Reichstag schloß aber schon am dritten Tag die Debatte.

Dank der Ungeschicklichkeit Richter's (Engen's), der seinen nach den Erklärungen des Zentrums ausförmlichen Antrag auf Berathung im Plenum nicht zurückziehen wollte, erlangte das Monopol bei der Abstimmung einen formellen Triumph durch Verwerfung des fortschrittlichen Antrags.

Freilich von reellen Nutzen ist dieser Triumph nicht. Trotz der diplomatischen Winkelzüge der kleinen Exzellenz von Windthorst, der die Ver- tagung des Reichstags bis zum Herbst erstreckt, und die Monopolfrage bis dahin offen halten möchte, wird der Reichstag dem Monopol noch vor Hingehen in der Kommission den Hals umdrehen.

Recht kläglich verlief die Debatte über die beiden „Arbeitergesetze“. Die zwei Entwürfe waren zu einer Berathung vereinigt, und und dadurch die Möglichkeit genommen worden, zu jedem der Entwürfe mindestens einen Redner zu stellen. Da es sich in erster Linie um Kassenwesen handelte, und sich andere Gelegenheiten zur Kritik des Bismarck'schen Staatssozialismus bietet, so verzichtete Liedtkecht, der eigentlich zum Unfalls-gesetz sprechen sollte, zu Gunsten Kräcker's, der für das Krankenlastengesetz als Redner designirt war, und im Kassenwesen viel praktische Erfahrung hat. Um Kräcker zu ergänzen, meldete sich noch Grillen-berger zum Wort.

Kräcker konnte sich seines Antrags entledigen; er zeigte die zahlreichen Mängel des Regierungsentwurfs und die Hohlheit der Marx-Hirch'schen Manchesproben; er wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört, weil die Herren Reichstagsboten sofort merkten, daß er von der Sache etwas ver- stand — was von seinem der übrigen Redner gesagt werden kann.

Grillenberger kam nicht mehr zum Wort — es waren am zweiten Tag der Debatte höchstens 60—70 Abgeordnete im Haus, und um einen „Unfall“ zu verwalten (Ausführung), wie Herr Damberger sich scherzhaft ausdrückte, mußte der Reichstag schon am Dienstag vertagt werden.

Gleich nach den Ferien werden Wahlsprüngen vorkommen; darunter auch die von sächsischen Wahlen. Bei mehreren derselben wird Kasantr beantragt, und wohl anwesendheit auch beschloßen werden. Einmalen sei bloß die im Glatzau-Neeraner Kreis genannt, den Leuschner zu räumen haben wird. Die Erbschaft wird Auer in den Reichstag bringen.

Die hiesigen Genossen sind auf dem Poßen. Am vorigen Sonntag wurde ein Flugblatt an die Berliner Arbeiter in 20,000 Exemplaren vertheilt. Ein Paket mit 1000 (nicht 5000, wie die Zeitungen sagen) Exemplaren wurde „von der Polizei“ „geschmuggelt“. Um sich für diese Niederlage zu rächen, wird die Polizei wieder verschiedene Ausweisungen vornehmen.

Es fällt hier sogar in bürgerlichen Kreisen auf, daß über das Bohmer Kohlengruben-„Unglück“ (besser Verbrechen!) absolut keine Berichte in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. Wir haben nur zwei fast gleichlautende, aus derselben amtlichen Quelle stammenden Meldungen, nach denen die Behörden keine Schuld trifft.

Die Behörden haben offenbar alle Mittheilungen verboten, und besolgen ein an Rußland erinnerndes Vertuschungs- und Todtschweige-System, welches das schlechte Gewissen verräth, und darauf schließen läßt, daß das „Unglück“ verbrecherischer Mißwirtschaft und Pflichtvergeßlichkeit zu danken ist.

Briefe aus Oesterreich.

Wien, 18. Mai 1882.

Die Ringtheaterprojektomodie hat endlich, nach zwanzigtägiger Dauer, ihr Ende erreicht, ein Ende, schamloser und niederträchtiger, wie es kaum gedacht werden kann: Die Hauptschuldigen, die Beamten, namentlich aber der Polizeibeamte Landsteiner, welcher, wie selbst die Richter zugaben mußten, aus purer Feigheit alle Rettungsmaßregeln unterließ, ja verhinderte, obwohl er wußte, daß noch Menschen im brennenden Theater seien — die werden frei gesprochen. Die Arbeiter werden verurtheilt — obgleich ihnen nichts zur Last gelegt werden kann: Das Definieren der Kollidire war notwendig, um die Arbeiter beim Gasomotor zu retten, weil sie nicht mehr über die brennende Bühne konnten. Außerdem behaupten Sachverständige, gerade das durch das Definieren der Kollidire verursachte Anrücken des Vorhangs habe vielen Menschen das Leben gerettet, da es sie auf die Gefahr aufmerksam machte, weil sonst das Publikum abnungslos sitzen geblieben wäre, bis die Flammen in den Zuschauer- raum drangen. Schandhaber wurde auch noch der Director Jauner verurtheilt — um vom Oesterreichsgericht freigesprochen zu werden. Er hat nämlich an dasselbe appellirt.

Dieses Ende ist der ganzen Gerichtsbarkeit würdig, die man da aufgeführt hat.

Auch sonst zeigen sich unsere Rechtsverordnungs-Institute ihrer hohen Aufgabe würdig. Bis jetzt galten die im Parlament gehaltenen Reden für immant (Straferei). Das Ober-Landesgericht befehrt uns jetzt eines Besseren, indem es die Konstitution des Abbruchs einer Rede Schönerer's bestätigt. Der alte Grund der Konstitution ist nicht originell, er ist in Deutschland bereits wiederholt angewendet worden: Die Immunität erstreckt sich bloß auf den Abbruch von ganzen Verhandlungen, nicht aber von einzelnen Reden. Der zweite Grund ist aber originell. Auch der wahrheitsgetreue Abbruch der ganzen Parlamentsverhandlungen kann konstatirt werden, da ihre Immunität bloß eine subjektive, nicht aber eine objektive sei, d. h. es kann Niemand wegen der Verbreitung einer solchen Verhandlung bestraft, wohl aber sie selbst konstatirt werden!

Angesichts solcher Herrlichkeiten „Gemüthlichkeit“ im Handhaben der Sprache sind hier Ausnahmefälle wohl überflüssig. Wir bleiben in der Beziehung der Deutschen immer noch über.

Wir würden uns kaum mehr wundern, wenn auch die in der Staatsdruckerlei erscheinenden topographischen Protokolle der Reichsrathsverhandlungen eines schönen Tages konstatirt würden.

Dah so schamlose Beamtenerte dort, wo ihnen Niemand auf die Finger sieht, d. h. in Bosnien und der Herzegowina, noch viel schamloser vorgehen als bei uns, ist einleuchtend. Die Debatte im ungarischen Abgeordnetenhaus über die bosnischen Kredite hat da ganz sonderbare Thatsachen an's Tageslicht gebracht. Die äußerste Linke in Ungarn will nämlich die bosnischen Kredite nicht bewilligen und verlangt die Räumung der okkupirten Provinzen, an deren Festhaltung Oesterreich kein Interesse habe. In der aus Kulaj dieser Haltung entstandenen Debatte wurde nun dargelegt, daß der Kustand wesentlich der Hoffschaf, Niederträchtigkeit und Dummheit der österrichischen Bureaucratie zuzuschreiben sei, welche das Volk in der schamlosesten Weise auszunutzen, ihm unser ganz unverständliches und ungewöhnliches Recht anstrotzte und endlich die Großgrundbesitzer, die Agas, in ihrem Besitze schloß. Die Verfassungen sind in gleicher Weise in den okkupirten Provinzen wie in Irland die Ursache steter Unruhen. Zeitigt doch dieses Grundbesitzsystem auch in Italien den Brigantaggio und ebenso in Südbungarn das Räuberweien. So wenig als es dort durch das Ständerecht beieitigt werden kann, so wenig auch letzteres gehandhabt wird, ebensowenig in Bosnien und der Herzegowina. Die Leute verhungern und haben dennoch keine andere Wahl als Aufstand oder „Räubererei“, und so, wie sie sich gegen die Türken erhoben, mußten sie sich gegen die Oesterreicher erheben und werden es gegen jede nachfolgende Regierung thun, solange Grund und Boden dem Volke nicht zurückgegeben worden.

Daß der panslawistische Jazismus diese Zustände für sich anbeutet, ist sicher, aber ebenso unbestreitbar ist, daß dem Kustand in erster Linie agrarische, also soziale Ursachen zu Grunde liegen. Oesterreich hat selbst dem Panslawismus da keinen ein vollkommenes Objekt des Wählens geliefert. Es ist bezeichnend, daß der Kustand in den Provinzen anbrach, in denen die Bureaucratie am meisten in die Agrikulturverhältnisse sich einmischte — natürlich zum Schutze der Agas. Gerade in den drei insurgirten Bezirken der Herzegowina sind unter dem „Einflusse“ der Beamten die meisten Pachtkontrakte — 10000 an der Zahl — geschlossen worden.

Was die Kreispolizei anbelangt, so hätte sich die nie erhoben, wenn sie nicht an der Herzegowina und Bosnien einen Rückhalt gehabt hätte.

Ebenso schuldig und dumm, als man den Kustand heraufbeschwor, sucht man ihn jetzt zu unterdrücken. In den Eigentümerversammlungen darf nicht gerührt werden — also macht man das Land lieber zur Wüste. In allen Dörfern des insurgirten Gebietes, die zu entlegen oder exponirt sind, um dauernd von den Truppen besetzt werden zu können, werden sämtliche Häuser und Zisternen (!) mittelst Dynamit gesprengt. Natürlich, wo Niemand wohnen kann, kann es auch keine Kuständlichen geben. Von den Zisternen hängt in jenen wasserarmen Gegenden die Kultur ab, die meisten derselben sind uralte Bauten, zum Theile noch aus der Admerzeit stammend, heilig jedem Bewohner: sie haben unerreicht alle die Funktionen der Barbarenschwämme der Völkerverwanderung überbauert — jetzt werden sie von den „Kultur-nach-Trägern“ für immer vernichtet.

So paßirt man in Oesterreich! B. J.

Unsere Vertretung im Reichstage.

Rede unseres Genossen Dellmar über das Tabakmonopol, gehalten am 12. Mai 1882.

(Abdruck aus dem topographischen Bericht.)

Angesichts des Interesses, welche die Rede Dellmar's verdientermaßen allgemein erregt hat, haben wir uns entschlossen, sie ihrem vollen Werthe nach im Parteiorgan zum Abdruck zu bringen, wosmit wir unsere Leser einverstanden hoffen. Dasselbe hoffen wir von unserem Einschluß, die Rede in einer Nummer, als ein Ganzes, zu bringen, troy des Raumes, den sie beansprucht.

Meine Herren, meine Partei, die Sozialdemokratie, ist in diesem Kampfe um das Monopol so oft und wider anzuzogen worden, und über ihre Stellungnahme haben so viele Journal gedreht, daß ich Ihnen wohl annehmen kann, selbst bei der vorgeschrittenen Stunde mir einige Aufmerksamkeit für meine, allerdings von den übrigen wesentlich abweichenden, Gründe zu schenken.

Meine Partei hat beschlossen — und sie hat es schon in der vorigen Session verprochen —, die Vorlagen, welche von der Regierung an uns kommen würden, ruhig und sachlich zu prüfen. Ich muß Ihnen nun gestehen, daß bei der gegenwärtigen Sachlage diese ruhige und sachliche Prüfung für uns etwas sehr Schwieriges ist, und zwar um deswillen, weil wir die Vorlage in allen ihren Berechnungen und Aufstellungen von einer wahrhaft grohrartigen Oberflächlichkeit zu sein scheint. In früheren Sessionen ist uns oft gesagt worden, daß wir nur „elementare Streiber“ seien — wie sich unter anderem der Herr Reichstagspräsident einmal ausdrückte —, daß wir in der Politik eigentlich nur Dilettanten seien, die wenig von der Sache verstehen. Nun, ich muß Ihnen auf Grund meiner Erfahrungen sagen: wenn Sie diese Tabakvorlage von einem heiligen Arbeiterverein hätten machen lassen, so verlohre ich Sie, daß Sie keine so unrichtige Vorlage besommen hätten, wie es diese und eine Reihe von anderen Gesetzentwürfen sind.

(Sehr richtig! links.)

Wenn ich nun die Sache an sich beurtheile, so nehme ich wie Sozialdemokraten, wie gewöhnlich, eine wesentliche von allen Parteien abgeordnete Stellung ein. Daß wir mit der Regierung in dieser Sache nichts zu thun, nichts mit ihr gemein haben, das versteht sich wohl ganz von selbst. Aber eben so wenig haben wir in Bezug auf die Gründe, die uns zu unserem Bortum bewegen, zu thun mit den bürgerlichen Parteien. Wenn wir opponiren — wie wir es thun —, so opponiren wir dabei keineswegs als Anhängel der alten bürgerlichen Parteien, sondern aus ganz anderen Gründen.

Sie alle, die Sie gegen das Tabakmonopol sind, Sie sind — ob Sie es nun wissen oder nicht wissen, ob Sie es zugeben wollen oder nicht — Sie sind dagegen wesentlich aus privatrechtlichen Gründen, wesentlich deshalb, weil das Monopol einen grohrartigen gewaltigen Eingriff in das Privatrecht darstellt. Wenn ich nun von meinem Standpunkt aus nur diesen Grund in Betracht ziehen wollte, so muß ich Ihnen sagen, daß ich aus diesem Grunde für das Monopol wäre. Abstrakt, an sich genommen, müßten wir Sozialisten ja für das Monopol ein gewisses Paßle (Schwäche) haben, denn das Monopol ist ein solches Mittel gesellschaftlicher Gütervertheilung, — es zeigt deren Möglichkeit und Durchführbarkeit und stellt — im Prinzip wenigstens — den Staat auf als den allein berechtigten Anordner der Produktion.

(Hört! hört! links.)

Es wird durch das Monopol — ob man das nun zugeben will oder nicht — im Prinzip festgehalten, daß dem öffentlichen Interesse gegenüber ein berechtigtes Privatinteresse in Bezug auf die Gütervertheilung überhaupt nicht besteht.

(Sehr richtig! links.)

und das „heilige unverletzte Eigenthum“, wegen dessen Bekämpfung wir so häufig bestraft worden sind, dieses „heilige unverletzte Eigenthum“ bekommt durch das Monopol einen gründlichen Stoß!

(Sehr wahr! links.)

Kurz und gut, wenn Sie heutzutage irgend ein Monopol einführen gleichviel welches, so wandeln Sie auf sozialistischen Bege.

Richtig ist ferner von unserem Standpunkte aus ganz entschieden die Behauptung in den Motiven — welche allerdings von der Regierungshandlung aus nicht sehr trappiert hat — richtig ist, daß den Leuten, welche von dem Erwerb in der Tabakindustrie hinweggedrängt werden, kein Rechtsgrund auf Entschädigung zur Seite steht. Dieser Grundsatz ist ein durchaus sozialistischer.

(Heiterkeit links.)

Nach unseren Grundsätzen gehört der Gesellschaft die Gütervertheilung und die für sie bestimmten Werkzeuge, und die Entfremdung irgend eines Theiles derselben kann niemals durch Wirkung der Zeit rechtmäßig gemacht werden. Wir stehen nicht auf dem Standpunkte der „erworbenen Rechte“, und aus diesem Grunde ist für uns ein Rechtsanspruch auf ein Anbeterrecht überhaupt nicht vorhanden. Aus diesem Grunde werden Sie es wohl selbstverständlich finden, daß wir nicht den Grundsatz des Rückkaufs aufstellen, sondern einfach den Grundsatz der Rücknahme.

(Nachen links. Bewegung.)

Höchstens können dabei „politische“ Gründe, oder — wie der Regierungsentwurf uns sagt — Gründe der Billigkeit misprechen in Bezug auf das Uebergangsstadium.

Für Sie, meine Herren, sind allerdings derartige Theorien, wie mir scheint, sehr gefährlich. Der Begriff des Eigenthums, dieser Begriff, der heute ohnehin schon sehr freitragig ist, kommt dadurch immer mehr ins Gedränge.

(Sehr wahr! links.)

und wenn die Herren auf der Rechten — wie ja schon vorher gesagt worden ist von einem Redner auf der linken Seite — glauben, daß es ungenügend sei, das Prinzip des Eigenthums in der Gestalt der Industrie zu vertegen, so können sie sich darin ganz gewaltig.

(Hört! hört! links.)

Es gibt Leute, die Logik genug besitzen, um die nöthigen Konsequenzen hieraus zu ziehen, Konsequenzen, welche den Herren da drüben (rechts) nichts weniger als erfreulich sein werden.

(Heiterkeit links.)

Welchen Grund immer man anführen möge für das Tabakmonopol, auf alle Fälle wirken Sie dabei destruktiv, — ich gebrauche ein Wort, was gewöhnlich uns gegenüber gebraucht worden ist — destruktiv für das Eigenthum, und Sie kommen dabei auf dieselbe Fläche, welche zu uns führt.

(Heiterkeit links.)

Wenn Sie, wie geschehen ist, den Profit als maßgebend betrachten, ich meine, wenn Sie die Behauptung aufstellen: weil das Tabakmonopol so viel Profit abwirft, deshalb habe der Staat das Recht, diesen Profitationsgewinn in seine Hände zu fassen, nun, so muß ich sagen, daß Sie in all unserem Wirken niemals einen so grohr materiellen Grund finden können. Aus ist es niemals eingeleitet, zu sagen, wir wollen deswegen den Uebergang der Gütervertheilung in die Hände des Staates, der Allgemeinheit, weil sich dabei Profit herauszuschlagen läßt. Nein, wir haben einen anderen, tieferen Grund aufgestellt, den ich Ihnen schon vorher andeutete, und den ich deshalb nicht notwendig habe, zu wiederholen. Aber, meine Herren, wenn Sie diesen Grundsatz des Profits einmal aufstellen, so frage ich Sie, wozu Sie dann eigentlich kommen? Ich denke doch, mit ganz demselben Rechte und demselben Grunde können Sie jedes übrige Eigenthum entreißen, sobald es verspricht, dem Staate Gewinn einzubringen.

Ganz dasselbe ist der Fall in Beziehung auf den „Schutz vor Ausbeutung“, von dem hier gesprochen wurde. Es hat geheißen: es ist besser, man fährt die Tabakindustrie in den Staatsbesitz über, weil dann weniger Fälschungen vorkommen. Nun, ganz derselbe Grund — und das hat, wie mir scheint, schon der Herr Abgeordnete von Stauffenberg überzeugend nachgewiesen — ganz derselbe Grund läßt sich anführen in noch viel berechtigterer Weise für eine ganze Reihe anderer Industrien. Warum geht man denn zuerst an ein Genussmittel, welches doch bis zu einem gewissen Grade ein Luxus ist, insofern als es entbehrt werden kann, — warum geht man da nicht viel lieber an die absolut notwendigen Lebensmittel? Ich verweise Sie da z. B. hin auf den Getreidehandel — warum kommen Sie nicht an den staatlichen Getreidehandel und anderes mehr?

(Zustimmung links.)

Der Rechtsgrund, welcher allen diesen Gründen für das Monopol zu Grunde liegt, ist immer wieder, daß die Gesellschaft als die Quelle alles Rechtes sei, und wir Sozialisten können selbstverständlich nur zufrieden sein, wenn wir hören, wie Grundzüge, welche man an unseren Vorlesenen Jahrzehnte lang gekrafft, theilweise siegreich geworden sind und ihren Weg zu den Bundesrathsessoren gefunden haben.

(Große Heiterkeit und Bravo links.)

Meine Herren, wir haben, wie Sie bei mir und bei uns ganz von selbst voraussetzen werden, keine Ursache, für das bedrängte Kapital einzutreten; im Gegentheil. Wenn wir Vorbehalts- und Gefühlspolitik treiben wollen, so würden wir bei der vorliegenden Bekämpfung des Kapitals eher helfen, denn die bürgerlichen Parteien haben uns ja auch alle Zeit her nicht sehr glimpflich behandelt; Sie brauchen da bloß an die Geschichte des Sozialistengesetzes zurückzudenken.

Aber meine Herren, wir treiben keine Gefühlspolitik, und das bestimmt uns, entschiedene Weges dieses Gesetzes zu sein. Ich will Ihnen die einzelnen Gründe sagen, die uns dazu bestimmen.

Der erste Grund ist ein ökonomischer. Nach unseren Grundsätzen müssen zuerst die konzentrierten Betriebe in das Eigenthum und den Betrieb des Staates übergeführt werden. So z. B. die Bahnen, die Bergwerke, die Stahlindustrie, die Zuckerfabrikation u. s. w.; vor allem gehört hierher auch der Großgrundbesitz.

(Sehr gut! links.)

Man kann das Pferd nicht beim Schwanz auf; man darf nicht anfangen bei zerstückelten Betrieben, welche zur Ueberführung in den Staatsbetrieb nach wenig geeignet sind, sondern man muß beim Grohrbetrieb beginnen, und es ist ja auch in den Motiven wiederholt angeführt, daß die Tabakindustrie — wie es thatsächlich der Fall ist — noch eine der zerstückeltesten ist. Aber wir sehen, wie allenthalben, so auch hier wiederum die Tendenz, den Kleinen bluten zu lassen, nicht aber den Grohren; von unserem Standpunkte aber soll das umgekehrt sein.

Dann, meine Herren, kommen die politischen Gründe. Zunächst erscheint uns — was ja auch zugegeben ist — der Grund des Bestehens des Ueberführungs der Tabakindustrie in das Staatseigenthum vor allem als ein sozialistischer. Es handelt sich darum, eine gewaltige Geldquelle zu bekommen und dabei überhaupt auch die Einzelstaatslasten, im wesentlichen die preussischen Staatslasten, auf das Reich abzuwälzen. Wir haben ja die bekannten 116 Millionen, welche schon recht vielerprechend sind! Außerdem sind schon eine ganze Reihe von neuen Ausgaben bereit; die Motive sprechen verständlich von den wachsenden Bedürfnissen des Staats- beziehungsweise des Reichstaates, und ich bin sehr zweifelhaft, wenn die Regierung all das Geld wirklich bekäme, das sie sich verspricht, ob sie damit weit reichen würde. Ich glaube, es würde das wahrscheinlich eine weitere Auflage des bekannten Milliardensteuers werden. Was uns betrifft, so sind wir keineswegs von denen, welche stets und an sich schon gegen wachsende Staatsbedürfnisse schreien. Ich meine das von dem Standpunkte aus, daß die wirtschaftliche Entlastung dabei drängt, immer weitere Betriebe aus den

Händen der Privatthätigkeit in die öffentlichen Thätigkeit überzuführen, woraus sich von selbst ergibt, daß sich die öffentlichen Ausgaben stets steigern müssen. Das sind aber kulturelle Ausgaben, gegen die nichts einzuwenden ist. Aber hier handelt es sich um solche kulturelle Ausgaben in keiner Weise, wenigstens hat man bis jetzt noch nichts davon bemerkt, und die Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, bewegen uns am allerwenigsten dazu, derartige anzunehmen.

Es handelt sich eben in erster Reihe wiederum um die bekannte Hauptreichsausgabe, das Militär. Da allerdings würden die Herren sehr zufrieden sein, wenn sie noch mehr Geld zur Verfügung bekämen, und die neuen Regimenter und die neuen Kanonen würden sich mit Schnelligkeit finden und alles absorbiren.

Daß wir hierfür nicht eintreten, ist klar, und das bekannte Glück des Herrn Staatssekretärs Scholz von der Bedrohlich von anhen, von einer längeren Weisheit, was seine Freunde im Hause finden, — bei uns verlagert es in keiner Weise. Wir wissen ganz genau, daß, wenn von einer Bedrohung die Rede ist, diese viel mehr aktiv von uns ausgeht, als daß sie uns leidend trifft; zudem ist der Zustand der Armeen in den beiden vor allem in Frage kommenden Staaten, in Frankreich und in Rußland, kein derartiger, daß wir uns darüber besonders gränlich machen lassen sollten.

In diesen Ausgaben liegt überhaupt der Haken des Ganzen, und da muß ich Ihnen allerdings sagen, daß, wenn man sich auf den Standpunkt derjenigen Herren auf allen Seiten des Hauses stellt, welche fortwährend — zum Theil leichten Herzens, zum Theil mit Widerstreben — zu bewilligen bereit sind, daß man es dann allerdings begreiflich finden muß, wenn man auf alle möglichen Abwege geräth, um sich Geld zu verschaffen. Wenn man es einmal als eine geschehene Thatsache annimmt, daß Geld überhaupt notwendig ist, dann kommt das Mittel zur Herbeischaffung nur erst in zweiter Linie. Wer es also unmöglich machen will, daß überhaupt in Zukunft derartige Anforderungen gestellt werden, — diese Maßnahme wird bei den Herren ja nicht verlangt, ich weiß das wohl — der hat auch die Pflicht, die Ausgaben zu beschränken. Wir sind gegenwärtig hier natürlich nicht in der Lage; wären wir es, Sie hätten sehen, daß es gar nicht notwendig wäre, Tabak- und andere Monopole einzuführen.

Sodann ist anzuführen, daß wir gegen die indirekte Besteuerungsform überhaupt sind. Die Regierung führt ja selbst an, daß das Monopol eigentlich nichts weiter als eine andere Form der Steuererhebung sei. Es ist angeführt, um uns das Tabakmonopol genehmbarer zu machen, daß „wir in Deutschland im Vergleich mit anderen Kulturstaaten in der indirekten Besteuerung noch sehr zurückgeblieben seien“. Meine Herren, ich meine nun, wenn man schon einmal einen Blick über die Grenzpfähle hinweg auf andere Kulturstaaten richtet, daß man ganz andere Dinge zu lernen hätte, als die indirekte Besteuerungsform. Geben Sie uns z. B. von Frankreich herüber die Republik oder von der Schweiz die direkte Vertheilung des Volkes, geben Sie uns politische Freiheit — dann, meine Herren, werden wir vielleicht weiter über diesen Punkt mit Ihnen sprechen. Vorläufig aber glauben wir, daß man um der indirekten Besteuerung willen nicht nach dem Ausland zu sehen habe.

Nun hat der Herr Staatssekretär Scholz vorgeschien etwas angeführt, was mich sehr erschauern gemacht hat, weil es nicht stimmt zu dem, was sonst immer als Grund für die indirekte Steuer gesagt wird. Es ist heute wiederholt worden: eigentlich wird diese indirekte Besteuerung wesentlich in Gunsten des armen Mannes eingeführt, denn soll es recht gut gehen, der soll womöglich gar keine Steuern bezahlen und dergleichen mehr. Vorgehen aber hat der Herr Staatssekretär Scholz — wahrscheinlich in Folge vielfacher Beschäftigung — ganz darauf vergessen, daß dies einer seiner Hauptgründe sein sollte, und hat dabei aus der Schutze geplaudert, daß sich hauptsächlich auch um deswillen die indirekte Besteuerung empfiehlt, weil sie bei der direkten Besteuerungsform man die armen Leute nicht ausfinden könne, weil man sie stets fruchtlos exekutiren müßte. Ich konstatire hiermit zur Erbauung des arbeitenden Volkes in Deutschland diese so „arbeiterfreundliche“ und „volksfreundliche“ Anschauung des Herrn Staatssekretärs.

Ich habe auch eine Bemerkung zu machen in Bezug auf das Wahlrecht, und das bezieht sich auf eine Aenderung des Herrn Abgeordneten Windthorst. Herr Windthorst hat den Anspruch gethan, daß er es für notwendig halte, das Wahlrecht in eine direkte Verbindung zur Steuerfähigkeit des Bürgers zu bringen, — ich glaube wohl, ich habe da nicht falsch verstanden. Herr Windthorst ist da ganz und gar auf die Sprünge dezer gekommen, welche eine „Korrektur des allgemeinen Wahlrechts“ für nöthig halten. Ich will darauf nicht eingehen, sondern begnüge mich damit, das für eine spätere Gelegenheit zu konstatiren.

Ein zweiter politischer Grund, den wir gegen das Tabakmonopol haben, ist die kolossale Machtvermehrung, welche die Regierung hieraus ziehen würde. Politisch genommen, ist dies indirekte Steuersystem nichts anderes, als der Kampf der Monarchie gegen die republikanische Bourgeoisie. Es wird das zwar vielfach verkannt, aber es ist nichts desto weniger so; es dreht sich hauptsächlich darum, von dem unangenehmen Kontrakt — nicht des Volkes, denn das ist sehr wenig daran beieitigt — aber den des Bürgerthums sich loszumachen. Wir haben nun allerdings, wie ich vorher schon sagte, gar keinen Grund, der Bourgeoisie als unserer besonderen Freundin zu helfen — dochans nicht; wir könnten schließlich eher höhnisch lächeln, wenn das Bürgerthum mit den von ihm selbst geschmiedeten, von ihm selbst der Regierung geleisteten Waffen einermachen geschäftigt wird. Aber auch für uns ist es wichtig, daß der Regierung, die jetzt schon zum Theil die ganze Gewalt des Staates, die möglichen Mittelkräfte der Nation zur Verfügung hat, die jetzt schon übermächtig ist, in keiner Weise noch mehr Macht zur Verfügung gestellt wird.

Wenn Sie das Tabakmonopol — und andere Dinge werden nicht verkehren, bald hinterher zu kommen — bewilligen, wenn die Regierung einmal Geld genug in Händen hat, dann, meine Herren, dürfen Sie doch nicht glauben, daß der Reichstag etwa mächtiger wird, als er jetzt ist. Ihre Macht ist ja schon nicht sehr bedeutend, aber dann werden Sie noch weit weniger notwendig sein, als es bisher der Fall gewesen ist.

Kommt ferner hinzu die ganze Gewalt, welche die Regierung gegen die im Tabakmonopol Beschäftigten in ihrer Hand hat. Die Tabakarbeiter, die Tabakverschleier und Tabakbauer — zusammengekommen wohl über eine halbe Million der Bevölkerung — würden in direkter, unerschütterter Abhängigkeit zur Regierung kommen.

Auf Einzelheiten will ich mich nicht einlassen — es ist das ja theilweise bereits von anderen Rednern gechehen und wird wohl auch noch weiter gechehen. Ich will mir nur noch erlauben, Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Punkte hinzuweisen.

Da haben wir zunächst den Tabakarbeiter. Die Begründung sagt uns, daß in Deutschland — so viel ich mich erinnere — einige neuntausend Arbeiter vorhanden seien, von denen ca. achttausend im Monopol beschäftigt würden. Meine Herren, ich mache nicht den Anspruch auf Unfehlbarkeit, den die Herren auf der Ministerbank zu machen scheinen, ich kann demnach nicht behaupten, daß meine Zahlen genau sind, denn eine sichere Statistik existirt darüber überhaupt nicht; aber so viel ist zweifellos, daß die Zahl der Tabakarbeiter in Deutschland eine viel weitem größere ist als die von der Regierung angegeben, und daß demnach die Zahl derer, welche durch das Monopol ihre Arbeit verlieren würden, ganz bedeutend höher wäre. Nehmen wir noch hinzu, daß beim Monopol ganz dieselben Grundzüge herrschen müssen, wenn die Profit machen wollen — und die ganze Geschichte läuft doch nur darauf hinaus —, daß Sie ganz dieselben Grundzüge annehmen müssen, welche in Frankreich und Oesterreich bestehen; und in dieser Beziehung weiß ich ganz besonders auf etwas hin, was noch nicht erwähnt worden ist: das ist die Frauarbeit. In Frankreich und Oesterreich besteht der weitaus überwiegende Theil der Arbeiter aus Frauen, und nur eine geringe Anzahl von Männern sind in den Fabriken beschäftigt. Obernehmen Sie doch einmal die berühmte Versuchsanstalt des Tabakmonopols an, die Straßburger Manufaktur, in welcher fünf Schachtel der Arbeiter Frauen und nur ein Schachtel Männer sind.

(Hört! hört! links.)

Wenn Sie sich nun denken, was entstehen würde nach Einführung des Monopols, und im weiteren Verlauf, wie viele Arbeiterentlassungen da erfolgen müßten, so wird das Resultat keineswegs so optimistisch ausfallen, wie die Herren es uns vorgeführt haben. Das soll mit den

Ueberzähligen, was soll insbesondere mit all den Leuten von der Hausindustrie, die verschwinden muß, geschehen? Die Entschädigungen, welche da angeführt sind, kann ich nicht anders — ich weiß freilich nicht, ob es parlamentarisch ist — denn als komisch bezeichnen. Wenn man das noch Entschädigungen heißen will, daß man nur den geringsten Teil der Leute, und die nur sehr gering entschädigen will, dann weiß ich nicht, was man unter „Entschädigung“ verstehen soll. Das kann ich nur als eine Beihilfe oder als Beihilfen bezeichnen, aber von einer Entschädigung kann in keiner Weise die Rede sein.

Dann kommt noch etwas Weiteres hinzu. Sie finden im Obengesagten die Worte, daß derjenige Entschädigungsberechtigte Arbeiter, welcher ohne genügende Gründe nicht in den Monopolbetrieb übertritt, oder aus demselben austritt, jeglicher Entschädigung verlustig sein soll. Nun möchte ich wissen, was das heißt: „ohne genügende Gründe“? Nach einem bekannten Worte ist es gar nicht schwer, genügende Gründe zu finden; wenn man sie nur haben will, dann sind sie billig wie Brombeeren, und die Herren am Regierungstisch haben sich immer sehr fähig erwiesen, wenn es sich darum gehandelt hat, „Gründe“ zu finden, und sie würden sie daher auch in diesem Falle finden.

Ein ähnlicher Punkt ist der Satz von der „selbständigen Erwerbsquelle“. Es soll nur derjenige entschädigt werden, für welchen die Tabakfabrikation eine selbständige Erwerbsquelle ist. Nun, meine Herren, wer die Tabakfabrikation nur Erwerbsquelle kennt, weiß ganz genau, daß es in ihr mehr als anderswo eine Reihe von Arbeitern und kleinen Fabrikanten gibt, welche nur zum Teil mit dieser Fabrikation beschäftigt sind; ich meine da besonders die Hausindustrie. Diese Leute leben nicht ausschließlich von der Zigarrenmacherei, sie sind häufig Besitzer eines kleinen Grundstücks, eines Hauswagens oder treiben sonst ein Nebengewerbe, und die Regierung wird es sehr leicht haben, zu finden, daß dieses kleine Grundstück, dieses Hauschen, das Nebengewerbe, die eigentliche Erwerbsquelle ist und das übrige nur Nebenhand. Man wird immer sehr fähig nicht entschädigen und so selbstverständlich um so mehr Profit für den Staat herauszuschlagen.

Der Herr Staatssekretär Scholz hat uns dann gesagt, daß „allerdings die mangelhaften Arbeiter aus dem Staatsbetriebe verschwinden würden“. Nun wäre es mir sehr wünschenswert, zu wissen, was er denn unter „mangelhaft“ versteht? Sollte da nicht vielleicht politische „Mangelhaftigkeit“ darunter zu verstehen sein? Ich glaube, daß das ganz besonders darunter zu verstehen sein wird. Man versteht es ja schon heute in den Staatsverträgen recht wohl, einen mangelhaften Arbeiter, wenn man will, fortzuschaffen, und das wird in Zukunft selbstverständlich noch mehr der Fall sein.

Dann habe ich noch ein Wort an jene Seite des Hauses (rechts) zu richten.

Herr von Rümigerode hat vorgeschrieben, wie mir gesagt worden ist — ich war nicht im Saale anwesend, aber ein Parteigenosse, der genau angepaßt hat, hat es mir hinterbracht —, gesagt, daß die „Reinigung des Tabakarbeiterstandes“, welche bewirkt wird durch die Entlassung von einigen tausend oder zehntausend Arbeitern, dem Stande sehr gut thue, denn die Tabakarbeiter seien ganz besonders verwildert. Nun, meine Herren, ich weiß nicht, worauf Herr von Rümigerode seine Behauptung gestützt hat — denn man muß doch vermuten, daß ein Mann, welcher hierherkommt, um erst über solche Dinge zu beraten, nicht auf's Geratewohl spricht. Hat er vielleicht im Auge gehabt unter dieser besonderen „Verwildertheit“, daß die Zigarrenarbeiter die bestorganisierte sozialdemokratische Gewerkschaft gehabt haben? In diesem Falle würde ich mich selbstverständlich für befriedigt erklären, denn ich kann gar nicht unzufrieden sein, wenn man das von jener Seite (rechts) als „Verwildertung“ bezeichnet. Aber im Uebrigen muß ich doch im Namen der deutschen Zigarrenarbeiter dagegen protestieren, daß sie im Parlamentssaale in einer derartigen Weise beschimpft werden.

(Brauo!)

Meine Herren, Sie reden immer vom Kleingewerbe, und es gibt Leute, welche glauben, sie hätten den Schutz des Kleingewerbes allein gewahrt. Es wundert mich nur, daß jene Generalpächter zugleich die sind, welche das Kleingewerbe in der Tabakindustrie am allermeisten schädigen. Es gibt wenige so lebensfähige Kleingewerbe in Deutschland, als es gerade in der Tabakindustrie der Fall ist. Wenn Sie diese vernichten, so proletarisieren Sie sie eben und arbeiten uns selbstverständlich in die Hände. Wir können nichts dagegen einwenden; ich meine aber, daß diejenigen Herren, welche das tun, nicht das Recht haben, sich zu Verkläpfern und Beschülpern des Kleingewerbes anzunehmen.

Dann, meine Herren, im Anschlusse an die Arbeiter wäre auch ähnliches zu sagen in Beziehung auf die Laufende von Kaufleuten, auf die Magazinsangehörigen, die Angehörigen der Nebengewerbe u. s. w., welche überflüssig werden. Darum kann ich in diesem nicht weiter eingehen. Dagegenwärtigen Sie sich aber einmal, welche ungeheure Gewalt die Regierung in die Hände bekommt gegenüber den Arbeitern. Es ist uns, meine Herren, erst vorhin von dem Herrn Staatssekretär Scholz gesagt worden — wenigstens so ähnlich lautete es, glaube ich —, die Regierung habe nicht die Absicht, einen derartigen Einfluß zu üben. Meine Herren, die Absichten der Regierung sind mir sehr gleichgültig, — ihre Thatsachen bezeichnen ich (Brauo! Red.) und ihren Thatsachen hat sie kein Recht darauf, den Anspruch zu erheben, daß wir ihre Worte unbedingt auf guten Glauben hinnehmen sollen. Erinnern Sie sich doch einmal — ich führe hier an, was ja schon von einem Redner gesprochen ist — an den bekannten Erlaß vom 4. Januar. Man hat damals den Staatsbeamten gegenüber sehr wohl Zwangsmassregeln angewandt, ihnen eine gekündete Marschroute für die Wahlen zu geben gewagt. Nun, meine Herren, wenn man schon diesen Herren gegenüber, die doch so hochrespektabel sind in Ihren Augen, das thun, so möchte ich sehen, was Sie mit armen Tabakarbeitern anfangen würden!

Nach Ärger als mit den Tabakarbeitern verfährt der Entwurf mit den Tabakpflanzern, und ich muß gestehen, daß ich den — Nicht bewandert, mit dem die Regierung sich dabei noch als „Beschülperin“ der Tabakpflanzers ansieht. Meine Herren, Sie machen den Tabakpflanzern ganz einfach zum Staatsarbeiter, zum gewöhnlichen Staatsarbeiter, ohne aber ihm auch die Vortheile solcher zu geben. Wenn Sie sich eine sozialistische Gesellschaft vorstellen — Sie mögen sie sich von Ihrem Standpunkt so schlimm vorstellen, wie Sie wollen — so werden Sie mir doch zugeben, daß der Arbeiter, der ja nicht für seine eigene Rechnung, sondern für diejenige des Staates arbeitet, zwar nicht die Annehmlichkeiten, welche Sie dem Eigenthümer zuschreiben, aber auch nicht seine Unannehmlichkeiten hat. Aber hier nehmen Sie dem Tabakpflanzern sämtliche Vortheile des Eigenthums und lassen ihm Alles, was es ihm unangenehm macht. Wenn Sie folgerichtig wären, dann müßten Sie den gesamten Tabakboden in Deutschland expropriieren und in Staatsbesitz übernehmen. Das ist die einzige Konsequenz, die Sie ziehen könnten. Dann würde der Pflanzers einfach Staatsbeamter oder Staatsarbeiter — wie Sie es nennen wollen — aber er hätte keine Verantwortung für etwas, was ihm nicht gehört. Es hängt sich mir darum unwillkürlich ein Beispiel aus Frankreich auf. Wird da ein Grundbesitz von den Truppen besetzt, der zur Vertheidigung notwendig ist, etwa gegenüber den gegnerischen Besetzungen, und er wird einfach expropriert, so hätte ich das für weit angenehmer und besser, als wenn Sie dem Besitzer Hunderte von Soldaten einlegen und ihn zwingen, alle möglichen Umbauen und Neubauten anzuführen und Alles zu bezahlen.

Das thun Sie aber thöricht bei dem Tabakpflanzers; der Tabakpflanzers wird ja geradezu zum unumschränkten Kommandanten in Haus und Feld. Je dem Pflanzers gegenüber verschwinden sogar die geringen Schutzmassregeln, welche das Gesetz für den gewöhnlichen Bürger getroffen hat. Es soll bei ihm gebauscht werden können mitten in der Nacht, ohne Hausdurchsuchungsbefehl, lediglich wie es die Interessen des Staates, d. h. des Tabakmonopols, erfordern; ihm kommt überhaupt nicht das geringste Recht zu. Dabei ist noch zu betonen, daß diejenigen, welche den Tabakpflanzers kommandieren, ein Interesse haben, ihn zu drücken; denn Sie werden mir nicht leugnen, daß es das Regierungsinteresse ist, aus dem Monopol möglichst viel herauszuschlagen. Auch in Frankreich geschieht dies in der rückständigsten Weise, man drückt die Löhne herunter, man sucht die Herstellungskosten auf jede Weise zu verringern, und ich befürchte das auch hier, besonders wenn ich mir noch die Personen vorstelle, welche die Sache machen werden.

(Weiter.)

Meine Herren, das ganze Verhältniß insbesondere bei dem Tabakpflanzers. — Sie können mir das um so eher glauben, da ich kein Freund des Privateigenthums bin — ist ein Sohn auf das Eigenthum, und wenn Sie einmal das Eigenthum so gering schätzen, wie es hier geschieht, wäre es in der That viel besser und ehrlicher, dem privaten Tabakpflanzers ein für allemal den Garaus zu machen und nicht so langsam, sozusagen ratenweise.

Wir Sozialisten, das will ich noch hinzufügen, wir ziehen diese Konsequenz; und wird es nicht eintreten, den Leuten das Eigenthum, wie es hier geschieht, erst möglichst unangenehm zu machen, um es dann möglichst billig zu bekommen. Nein, wir sind ja grundsätzlich gegen das Privateigenthum, wir würden es vollkommen enteignen. Aber vergessen Sie nicht, wir wissen dann auch, was wir mit den Enteigneten anzufangen haben. Wir sagen ihnen nicht, wie es in der Gewerbeordnungsnovelle geschieht ist und hier an allen Ecken und Enden wieder austritt: Marsch, fort mit euch von dieser Stelle und sucht, wie ihr weiter kommt! Wenn man sich das Recht anmaßt, den Eigenthümern den Erwerb des Vermögens einzuschränken, dann muß man auch die Mittel in der Hand haben, ihm einen anderen Erwerb zu zeigen, — das aber haben Sie nicht! Sie sagen immerwährend nur: dem Manne soll in Zukunft verboten werden, zu kolportieren, der darf nicht mehr Tabak bauen, der nicht mehr kaufen u. s. w. Was mit den Leuten weiter geschieht, darum kümmern sie sich wenig, darum lassen Sie sich keine Haare wachsen! Man denkt da unwillkürlich an ein Wort, welches in den Motiven der Gewerbeordnungsnovelle dem Verfasser entfällt, indem es einmal heißt, daß die Leute in der und der Branche „beseitigt“ werden müssen. Ja, meine Herren, das Einfachste wäre freilich, wenn Sie diese Leute gleich ganz tot schlügen.

Ich habe nicht notwendig, Ihnen Ausführenderes zu sagen über das ungenügende Maß von Polizeipolizei, von Denunziationen, vom Wächern aller schlimmsten Verhältnisse, welche dabei zu Tage treten müßten. Jeder Einzelne, welcher keinen Tabakverschleiß bekommen hat und gerne einen haben möchte, hätte natürlich ein Interesse, daß er den Verschleiß aufhört u. s. w. Oder aber, die Verschleißer sind nicht „gesamungstüchtig“ — was man nämlich so gesamungstüchtig heißt — so würde ihre Anstellung jederzeit widerrufen werden können, und es würde sich mit Rechtigkeit ein Grund finden, sie aus ihrem Erwerb hinauszumerren. Ganz dasselbe ist bei den Tabakpflanzers der Fall. Ich habe keine Lust, schon Gedrucktes zu reproduzieren, aber ich will Sie doch einmal an die bekannte Thatsache erinnern, daß zur Zeit, als das Ufaß noch zu Frankreich gehörte, alljährlich ganz große Quantitäten von Tabak zu sogenanntem Nichtausfuhr erklärt, aber dann ganz ruhig in Deutschland und anderswo verarbeitet worden sind. In wessen Händen liegt es aber, die Tabakente als Kaufgut oder Nichtausfuhr zu erklären, in die 1., 2. oder 3. Güterklasse einzuteilen oder sie gar vor den Augen des Bauers, der sich mit der Kultur im Schweiße seines Angesichtes abgemüht hat, zu verbrennen, ohne daß er auch nur selbst eine Pfeife davon rauchen dürfte? Das liegt wiederum in den Händen Deiner, welche ein Interesse daran haben, möglichst gering abzuschätzen und dem Manne möglichst wenig dafür zu geben.

Hieran schließt sich ideal von selbst die Beseitigung des Rechtsweges durch den administrativen Weg. Indessen ist das gar nichts Neues, das ist ja ein System, das sich seit dem Sozialistengesetz überall einfleucht; allenthalben sollen an Stelle der Gerichte Kommissionen treten, und man weiß gar nicht, wie weit das noch gehen wird — vielleicht kommen wir auch noch zu den napoleonischen commissions mixtes!

Ich bin nun mit den Gründen, welche ich gegen das Tabakmonopol anzuführen habe, im Wesentlichen zu Ende. Wenn es zu einer Spezialdebatte kommt, so werden sich ja von unserer Seite Redner finden, die noch mehr vorbringen, als ich es bisher gethan habe. Ich meinerseits wünsche nicht, daß das geschieht; ich wünsche vielmehr, daß die Vorlage einfach brei manns der Regierung zurückgegeben werde, und zwar aus dem guten Grunde, weil ich will, daß der Regierung einmal eine Lehre gegeben wird darüber, daß sie uns nicht fortwährend Vorlagen macht, von denen sie im Voraus wissen kann und wissen muß, daß sie verworfen werden. Auch vom Tabakmonopol hat sie es längst im Voraus gewußt. Freilich ist die Vorlage zu einem ganz anderen Zwecke gemacht. Ich meine aber, daß man die „Vertretung der deutschen Nation“ nicht Tagelang mit einer Arbeit hinhalten soll, welche von vornherein eine vollkommen fruchtlose ist.

(Sehr richtig! links.)

Ich meine, man sollte die ganze Vorlage kurzweg der Regierung zurückgeben und dabei — sei es ausdrücklich oder schweigend — um mich mit dem Herrn Staatsminister v. Pottlamer auszusprechen — sich für die Zukunft derartige Vorlagen „verbitten“.

Was den Antrag Anseht, der sich auf die dazugehörige materielle nicht einnimmt. Wir unsererseits sind auch der Meinung, daß es noch nicht damit gethan sei, daß man das Tabakmonopol ablehnt; nein, es muß auch überhaupt jede höhere Bekräftigung des Tabaks unmöglich gemacht werden! Nun habe ich allerdings bei der betreffenden Stelle der Rede des Herrn Staatssekretärs Scholz den Ruf „niemals“ gehört, d. h. das Tabakmonopol wird niemals bewilligt werden. Wir haben aber in Bezug auf das „niemals“ in diesem Hause sonderbare Erfahrungen gemacht; ich möchte sagen, daß es vielleicht für die Herren besser gewesen wäre, wenn sie nicht „niemals“ geäußert hätten. Ich meinerseits stehe ja auf dem Standpunkte des Niemals, aber andere Leute sehen nicht so sehr wie wir. Auch die Erhöhung der Steuern muß angeschlossen bleiben, schon aus dem einfachen Grunde, weil endlich einmal der Beunruhigung, welche in der Tabakindustrie vorhanden ist, und welche seit Jahren künstlich erregt wird, ein Ende gemacht werden muß. Meine Herren, oder sind wir denn so reich, sind denn unsere Erwerbsverhältnisse und unsere Handelsverhältnisse so glänzende, daß wir uns herausnehmen könnten, einen blühenden Erwerbseigenen zu ruinieren, daß wir ihn fortwährend ruinieren dürfen? Eben deshalb wäre es notwendig, wenn dem Dinge ein Ende gemacht würde durch einen energischen Beschluß des Reichstages.

Nun, meine Herren, habe ich noch einen anderen Grund gegen das Tabakmonopol, welcher bei sehr wenig oder fast gar nicht angeführt worden ist, ich meine nämlich den Zusammenhang des Tabakmonopols mit der Wirtschaftspolitik und der Sozialreform. Es ist wahr, daß in der Begründung das bekannte, berühmte „Patrimonium der Enterbten“ nicht wieder aufgetaucht ist, nachdem es nämlich seine Zweck als Wahlrecht erfüllt oder auch nicht erfüllt hat. Aber es ist vollständig unrichtig, und der Herr Staatssekretär Scholz hat es selbst schon angeführt, daß die Sozialreform innig zusammenhängt mit dieser Finanzreform — zu welcher ja auch das Tabakmonopol gehört —, daß ein Teil des Geldes, welches hier herauskommt, namentlich zu den Zwecken dieser Reform verwendet würde. Deshalb sind die Finanz- und die Sozialreform etwas zusammenhängendes. Meine Herren, das ist für mich ein weiterer Grund, mich zu erklären als Gegner der Vorlage, weil ich mich nicht zum Witzhübler an einem politischen Bauernfang machen lassen will — denn das und nichts Anderes ist die Sozialreform.

(Weiter.)

Wenn man sonst gesprochen hat von Enterbten, vom Geld, der Ausbeutung des Volks und dergleichen, dann ist es ein „Verbrechen“ gewesen. Meine Herren, erinnern Sie sich einmal an die sozialistische Agitation — was haben wir denn anderes gesagt und gethan? Ganz dasselbe und bis zu einem gewissen Grade sogar mit denselben Worten, wie es auf jener Seite (rechts) jetzt geschieht. Wir haben den Arbeitern gesagt, daß sie Enterbte, daß sie Beherrschte sind, daß sie ausgebeutet werden vom Kapital, — alles Redewendungen, welche Sie (rechts) sich gegenwärtig angeeignet haben.

(Große Heiterkeit.)

Damals hat man es Aufregung zum Klassenhaß getrieben, und es ist bestrahlt worden, unter Umständen bis in zwei Jahren; heutzutage gilt es als Patriotismus und findet keine entsprechende Bekämpfung.

(Sehr richtig! links.)

Früher hat man sich sehr wenig gekümmert um die Arbeitererziehung, man mußte erst von uns dazu gezwungen werden. Aber als man gesehen hat, welche Wirkung unsere Agitation und unsere Lehre auf die Massen hatte, da hat man sich

gelagt: wenn diese Leute eine solche Wirkung erzielen, den Profit könnten wir ja für uns in Anspruch nehmen — ähnlich wie jetzt mit dem Tabakmonopol!

(Sehr gut!)

Man hat gesucht, sich der Sympathien der Arbeiter, des Volkes zu bemächtigen. Zuerst hat man die Handelsprovinz gebraucht, sich unsere Konkurrenz zum Hals zu schaffen. Dies ist durch das Sozialistengesetz geschehen, welches uns mundtot macht. Und nun kommt es mit der Sozialreform drauf los gehen.

Meine Herren, der Gedanke der Sozialreform ist nichts weniger als neu und keineswegs genial. Auch haben wir im Voraus gewußt, daß man damit nicht weit kommen würde. Meine Herren, ich gestehe ja in manchen Dingen der Regierung große Geschicklichkeit zu, — auf diesem Gebiete aber hat sie verhältnißmäßig wenig Geschick gezeigt. Die Herren auf jener Seite (rechts) sind ja sonst in der Reinkunst sehr groß, aber in dem Vortreten um den armen Mann haben sie sich als schlechte Reiter erwiesen.

(Weiter.)

da sind sie gewaltig hinter uns zurückgeblieben und werden uns auch niemals erreichen. Man hat die gute Absicht gehabt, uns beim Volke aus dem Sattel zu heben, indem man ihm einige ansehnliche Zugeständnisse machte. Und dies Bedenken zeigt sich ja auch jetzt wieder in den Motiven zu den Vorlagen über die Unfallversicherung. Ueberall ist besonders die „sozialpolitische Wirkung“ betont, d. h. der Arbeiter soll einsehen lernen, daß ihm der Staat etwas gibt, ihm sozusagen einen Beschäftigungsknoten hinwirft, damit er wieder eine zeitlang zufrieden sein und nicht mehr weinen und klagen und schimpfen, sondern ein gutes Kind machen soll.

Meine Herren, man hat damit aber herzlich wenig Erfolg gehabt. Man hat ja vielleicht im Anfang manche Irrgeleitet, allein diese Wirkung ist längst wieder vorbei. Ich brauche bloß anzuführen, daß trotz des für Sie günstigen Umstandes des Sozialistengesetzes, trotzdem wir keine Presse haben, das leitende Organ in dieser Beziehung, der „Staatssozialist“, vor einiger Zeit das Zeitliche gesegnet hat.

Das Spiel mit dem Feuer, das dabei getrieben wurde, hat uns nicht geschadet, wohl aber dürften Sie damit sich selbst die Finger verbrennen. Wenn man fortwährend gegen das Kapital im Allgemeinen hetzt und gegen das jüdische insbesondere,

(Hört, hört! links)

so gehen solche Phrasen keineswegs spurlos am Volke vorüber; das Volk macht nicht so feine Distinktionen (Unterschied), daß es das jüdische Kapital für schlecht, das christliche aber für gut hält; sondern wenn man ihm sagt, das Kapital ist schlecht, so versteht es darunter das ganze Kapital. Wir können Ihnen nur dankbar dafür sein, daß Sie das dem Volke zu einer Zeit gelehrt haben, wo wir dafür bestraft wurden. Wenn Sie aber glauben, daß Sie durch derartige halbe Zugeständnisse unsere Bewegung aufhalten, so irren Sie sehr; Sie gießen damit nur Öl ins Feuer und arbeiten für uns.

Zu gleicher Zeit hat sich auch die Unfähigkeit der Polizei gegen uns in hervorragender Weise — wie Sie jetzt wohl alle zugestehen werden — gezeigt. Die Verfolgung hat uns gar nichts geschadet, und, meine Herren, wenn Sie auch gegenwärtig nur wenig von unserer Bewegung leben, so hören Sie doch an dem einen oder anderen Ende bisweilen das Pöhlchen des Zaubers, auf den der Riese losschlägt ohne ihn zu sehen.

So sehen Sie denn, meine Herren, rathlos als jemals vor der Lösung der sozialen Frage, vor der sozialen Spying. In diesem Augenblick, wo Sie mit der gegenwärtigen Vorlage das Spiel aufs neue beginnen, wo das Vortreten um den armen Mann wieder fortgesetzt werden soll, — in diesem Augenblick erlauben Sie mir, daß ich Ihnen noch ein offenes Wort sage.

Meine Herren, es gibt zwei Arten der Lösung der sozialen Frage, zwei Arten, wie man sie ausführen kann: als Kulturfrage oder als Gewaltfrage. Die Auffassung als Kulturfrage ergibt sich ja leicht, sie besteht darin, daß man die Hindernisse, welche der Entwicklung des Volksgutes im Wege stehen, nach Möglichkeit beseitigt, daß man den dringenden Bedürfnissen, welche sich im Volke zeigen, nach und nach, gradweise, nachgibt, und dadurch eine ununterbrochene Reform-Kurve herbeiführt. Dieser Weg ist ein langsamer, aber er ist ein sozialistischer und wahrhaft menschlicher; aus diesem Grunde haben wir auch niemals verkannt — und ich fordere hierüber das Zeugniß Aller an! —, zu erklären, daß wir zu diesem Wege, zum Wege des Sieges des Gedankens, vollkommen bereit sind. Die Auffassung als Gewaltfrage charakterisiert sich einfach durch die Worte „Blut und Eisen“. Man verschließt sich aller Einsicht; man verhängt sich hinter den Besch der Borrechte, welche man nun einmal hat; man bekämpft bis auf das Messer diejenigen, welche auch vom Leben Etwas haben wollen; man steht schließlich mit dem größten Theil des Volkes auf dem Kriegsfuß und läßt es eher darauf ankommen, daß eine Katastrophe herbeigeführt wird, als daß man das Geringste von seinen Borrechten nachläßt.

Meine Herren, leider haben Sie, als Sie die Wahl hatten zwischen diesen beiden Wegen, den letzteren gewählt, und ich muß Ihnen sagen, daß ich der Meinung bin, daß Sie sich schon viel zu weit vorgeschritten sind auf diesem letzteren schlechteren Wege, als daß Sie noch zurück könnten! Der Weg, den Sie zu gehen haben in dieser Beziehung, dieser Weg ist Ihnen damit vorgeschrieben.

Er ist aber nicht nur Ihnen vorgezeichnet, sondern auch uns. Und das macht sich besonders auch geltend in Bezug auf den Antheil, welchen das Volk nimmt an den gegenwärtigen Verhandlungen. Erinnern Sie sich noch daran, wie wir uns früher verhalten haben in unserer Presse gegenüber derartigen Gesetzen und Vorlagen. Damals haben wir Sozialisten uns mit Vorzügen beschäftigt, damals sind viele Broschüren und Blätter geschrieben worden über die allmähliche Entwindung und gradweise Verstaatlichung, über Monopole, und was irgend im Entfernsten zur Verbesserung führen könnte. Damals, meine Herren, wenn sozialreformatorische Entwürfe vorgelegt worden wären, damals hätte das Volk und hätten wir bedeutenden Antheil daran genommen. Heute aber ist das wesentlich anders. In weiten Kreisen des Volkes verweist man daran, überhaupt noch etwas Erforderliches von der Regierung und dem Parliamente zu erhalten, und weite Volkskreise hat man in der That, wie es bei der Begründung des Beilagezustandes angeführt ist, daran gewöhnt, eine Erklärung nur allein vom Volk, von einer aus dem Volk kommenden Befreiungsthat zu erwarten. Das ist die Quintessenz auf das Sozialistengesetz!

Dennach werden Sie es begreifen finden, wenn auch ich an den Beratungen, wie sie gegenwärtig über die Wirtschaftspolitik hier stattfinden, nur ein sehr geringes Interesse nehme, weil ich nach der ganzen Sachlage nicht mehr daran glaube, daß auf diesem Wege etwas Fruchtbares geleistet wird, weil ich glaube, daß die Entscheidung wo ganz anders liegt.

Meine Herren, schon in der frühesten Zeit, so lange wir im Hause anwesend sind, ist von einem parlamentarischen Partikampfe unserer Partei gegenüber im eigentlichen Sinne des Wortes niemals die Rede gewesen. Aber heute ist es weniger als jemals der Fall, heute befinden wir uns im offenen Kriegszustande, und zwar sind es Sie, welche den Krieg aus und erklärt haben. Meine Herren, ich habe es sich nicht um Gründe, nicht um das „ob“ oder „wie“, sondern — und das ist seit vier Jahren der Fall — es gilt einfach, uns zu vernichten, und zwar mit allen Waffen. Vom realpolitischen Standpunkte aus — denn es würde vergeblich sein, hier ein pathetisches Wort zu sagen — vom realpolitischen Standpunkte aus habe ich nichts dagegen einzuwenden, ich kann es Ihnen nur überlassen, zu sehen, wie weit Sie auf dem Wege kommen. Aber, meine Herren, wenn Sie kämpfen, wenn Sie beschlagen, so wollen Sie doch die ehrliche Soldatenlogik gegen uns beobachten, daß auch der Gegner das Recht hat, hinzuschlagen und sich ebenfalls die Waffen zu wählen, wie sie ihm vorkommt, und nicht bloß die, welche Sie ihm geben.

Aus diesem Grunde möchte ich wünschen, daß wir hier offen als Gegner einander gegenüberstehen; lassen Sie aber gefälligst die Moral-, Feindschafts- und „Geschicklichkeits“-redensarten bei Seite, meine Herren. Bei Ihnen hat die Wahl der Waffen gelegen, Sie sind auch verantwortlich für die Wunden!

(Brauo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Bollmar'sche Rede über das Tabakmonopol der schärft... Angriff war, den dieses im Reichstag anzuhalten hatte, wird all-
seitig zugestanden; die heftigsten Gegner desselben, die Fortschrittler und
Sejessionisten, kamen daher auch nach Bollmar's Rede zu unseren Ge-
nossen und boten ihnen einen Sitz in der Kommission an, welches
menschenfreundliche Anerbieten aber selbstverständlich keine Gegenliebe
sah. Unsere Abgeordneten verzichteten auf die Ehre, einer Kommission
anzugehören, deren Aufgabe es ist, Bismarck's Anträge zu erörtern,
wie er am schmerzlosesten dem Tabak „Blut“ abschöpfen kann.

Wir bemerken noch, daß neben den in voriger Nummer Genannten
auch die Genossen Diez, Rittinghausen und Stolle gegen
die Kommission stimmten.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 23. Mai 1882.

Ein allerliebsteres Gesändniß. Der Streit um das
Tabakmonopol überdet doch für einen Sozialisten wahrhaft herzstärkende
Dinge in Tage, wie können unsern Freunde Bismarck — oder Bacher? —
gar nicht dankbar genug sein, daß er der Bourgeoisie diese Frucht vom
Baum der sozialistischen Erkenntniß vorgelegt hat.

Am 12. Mai hatte im Reichstag Herr von Stauffenberg mit
süßlicher Entschiedenheit darüber losgedonnert, daß im preussischen Volks-
wirtschaftsrath einige Baumwollspinnereibesitzer für das Monopol ge-
stimmt hätten, und ihnen zugeworfen: Wie würde Euch zu Rathe sein,
wenn der Staat die Baumwollspinnerei monopolisirt? Hingut kommt
nun einer dieser Baumwollspinnereibesitzer, der Volkswirtschaftsrath
Wolff, mehrfacher Fabrikbesitzer und Kommerzienrath und antwortet
dem bairischen Reichstagsabgeordneten in der „Norddeutschen Allgemeinen“:

„Dieses kann sich nur auf den Herrn Dr. Janßen und mich beziehen,
es scheint mir somit eine Pflicht der Schuldigkeit (?) zu sein, dem Herrn
von Stauffenberg diese Frage zu beantworten, und die (die Frage?) geht
dahin, daß, trotzdem in den Spinnereien wieder mit Nutzen gearbeitet wird,
ich gern bereit bin, unter den Bedingungen, wie sie bei den
Tabakindustriellen vorgelesen sind, mich jederzeit mono-
polisiren zu lassen, weil, nun, weil der neue Zolltarif die Aufnahme
dieser Fabrikationszweige ermöglicht, welche mit größerem Nutzen als
eine Baumwollspinnerei zu betreiben sind, welche aber vor der Zollreform
lediglich im Ruhezustand verblieben sind. Ob Tabakindustrieller
oder Baumwollspinnereibesitzer, als Unternehmer
sind nicht immer Fachkenntnisse notwendig, besser ist
allerdings besser.“

Nicht wahr, ein reizendes Gesändniß? Herr Wolff ist Großunternehmer
und spricht natürlich vom Standpunkte eines solchen aus.

„Ch Tabakindustrieller oder Baumwollspinnereibesitzer, als Unter-
nehmer sind nicht immer Fachkenntnisse notwendig“ — was ist das
anders als eine Befähigung dessen, was wir Sozialisten immer gesagt
haben: „nicht immer“ ist natürlich nur eine be-
schönigende Beigabe für den dummen Fiesch — denn soviel sieht jeder
Denkende ein, daß es hier nur ein Entweder — Oder gibt, entweder Fach-
kenntnisse sind notwendig oder nicht. Herr Wolff, selbst Unternehmer,
läugnet Ersteres und gibt also Letzteres zu. Im Eifer, Bismarck seinen
Dank für die Gernüßlichkeit abzutragen, reißt er sich und seinen Genossen
den strahlenden Nimbus, mit welchem die bürgerliche Oekonomie sie zu
umgeben liebt, vom Haupt und präsentiert sie der — eingeweihten —
Welt als ganz gewöhnliche profitwillige Kapitalisten. Der Unter-
nehmergewinn verschiebt in sein Nichts, er läßt sich auf in den zwar weniger
lieblich dastenden, aber doch sehr angenehmen schmerzenden (non olet!)
Kapitalprofit. Vom Unternehmer bleibt nur übrig der Spekulant,
der heute in Tabak, morgen in Baumwolle, übermorgen in Schiefer
„macht“, alles Uebrige besorgen Angeestellte: Techniker oder Chemiker,
Direktoren oder Werkführer, und die eigentlichen Arbeiter.

Unter den antisemitischen, argerischen und kleinbürgerlichen Sozial-
quasoselbsten ist es seit einiger Zeit Mode, auf den Kapitalgewinn los-
zuschlagen, den Unternehmergewinn aber als berechtigt hinzustellen. Hier
kommt nun ein Unternehmer und erklärt mit dürren Worten beide für
identisch — sollen wir dem Manne, welcher ihm dieses für uns Sozialisten
so werthvolle Gesändniß entlockte, nicht vom Grunde unseres Herzens aus
dankbar sein?

Wir denken, ja!

— Aus Dresden, 19. Mai, wird uns geschrieben: Heute vor
acht Tagen (durch ein bedauerliches Mißverständnis wurde sofortiger
Bericht verfehlt) wurde an einem unserer Parteigenossen wieder eine
seiner Schandthaten verübt, welche das — Memorie der Dresdener Justiz
und Polizei begründet haben. Die Leser erinnern sich des schmachvollen
Prozesses wegen des ersten Flugblattes in Dresden-Kemfälder Kreis.
Unter den zahlreichen Verurtheilten befand sich auch Pfau, ein
hiesiger Hausbesitzer, der als „Verbreiter“ des Flugblattes eine Ge-
fängnißstrafe von sechs Monaten erhielt. Der größte Theil der Strafe
ist jetzt abgesehen — daß der Mann Fluchtgedanken hegen könnte, ist ein-
fach andenkbar. Wohl — vorige Woche bekam Pfau einen im Auf-
trag seiner Frau geschriebenen Brief, in welchem ihm deren schwere
— ärztlich bezeugte! — Erkrankung gemeldet und er gebeten wurde, in
Anbetracht ihres hilflosen Zustandes und außerdem zur Regelung einer
wichtigen Geldangelegenheit, sich einen kurzen Urlaub zu erwirken. Pfau,
dessen Gemüthszustand man sich vorstellen kann, suchte um einen drei-
ständigen Urlaub nach, der ihm auch bewilligt ward. Heute vor
acht Tagen Vormittags trat er demgemäß in Begleitung eines Beamten
der Staatsanwaltschaft den Weg vom Gefängniß nach seiner Wohnung
an — eine Entfernung von mindestens 20 Minuten. Ein Parteigenosse,
der ihm begegnete, sah, daß Pfau etwas schwerfällig ging; er blickte
näher, und überzeugte sich, daß demselben eine eiserne Kette um
den Leib gelegt und die rechte Hand angegeschlossen
war. Pfau befähigte dies; ein Gespräch verblüdete der Beamte,
hundert von Menschen haben das schmachvolle Schauspiel mit angesehen.
Sollten die Behörden Abkennungsversuche machen, so haben wir eine
Anzahl von Zeugen.

Also geschlossen wurde Pfau zu seiner schwerkranken Frau geführt.
Die der Anblick auf sie gewirkt hat, das brauche ich nicht anzumalen.
Das arme Weib war so erschüttert, daß, statt der erhofften Besserung,
eine wesentliche Verschlechterung ihres Zustandes eingetreten ist.

Natürlich mußte Pfau auch den Rückweg in Ketten zurücklegen.
Die Kette, mit der er geschlossen war, ist von dem nämlichen Kaliber
und der nämlichen Konstruktion, wie jene, die zu Anfang dieses Jahres
auf dem „Tische“ des Landtags deponirt war, um den Herren Volks-
vertretern ad oculos zu demonstriren, daß das niedliche Spielzeug, von
welchem unser braver Herr Justizminister in einem Anfall von unfrei-
willigem Humor gesprochen hatte, eine ganz acht eiserne Kette ist, würdig,
den Reliquien der Marterkammern des 16., 17. und 18. Jahrhunderts
angereiht zu werden.

Die Inzucht des Vorgehens gegen Pfau ist um so größer, als das
Schließen bewilligter Gefangenen durchaus nicht Regel ist. In allen
Fällen, wo kein Fluchtverdacht vorliegt — und, wie gesagt, bei Pfau,
der nur noch zwei Monate zu „sigen“ hat, und durch Familie, Geschäft,
Hausgrundstück an Dresden gebunden ist, kann ein Fluchtgedanke
von dem argwöhnlichsten Staatsanwalt nicht vorausgesetzt werden — in
allen Fällen, wo kein Fluchtverdacht besteht, werden die Gefangenen
nicht gefesselt. Dem Sozialdemokraten gegenüber wurde also eine
Kassnahme gemacht. Sozialdemokraten verdienen keine Rücksicht,
haben keine menschliche Behandlung zu beanspruchen.

In wätere Pfau ein gemeiner Verbrecher. Hätte er gestohlen, be-
trübt oder ein Eizittlichkeitsverbrechen verübt — dann wäre er besser

gefahren. Ein gewisser Steinbach z. B., der neulich wegen Unzucht mit
Kindern zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist, wurde
jessellos nach Waldheim transportirt.

Es ist das charakteristisch für das herrschende System, daß es den
gemeinen Verbrecher humaner behandelt als den sogenannten politischen
Verbrecher. In letzterem erblickt es — mit Recht! — seinen Feind,
den es zu vernichten sucht; in dem gemeinen Verbrecher dagegen erkennt
es seinen eigenen Sohn, für den es keine Sympathien nicht ver-
leugnen kann.

— Polizeiliches aus Thüringen. Genosse Hermann
Fischer aus Gera ist wegen Verbreitens des Flugblattes „An das
deutsche Volk“, dessen Verbot ihm nicht bekannt war, nach 84-tägiger
Untersuchungshaft zu fünf Wochen Gefängniß und Tragen sämt-
licher Kosten verurtheilt worden. Was in Fischer's Heim nicht niet- und
nagelstift war, wurde von den politischen Langfingern „beschlagnahmt“,
mit besonderer Haß die Bilder von Bebel, Liebknecht, Hepner, Geib,
Freisigraht u. s. w. Die lange Untersuchungshaft wurde von der Polizei
dazu benützt, wo es ihr passte, Hausdurchsuchung abzuhalten, unter dem sü-
gerischen Vorwand, daß nach Fischer's Angaben an den betr. Orten sich
verbotene Schriften befänden. Für Verpöschung in der Untersuchungshaft
wurden Fischer von dem ihm gar — eilich abgenommenen Gelde pro Tag
1 Mk. 10 Pf. in Abzug gebracht. Wie billig!

In Gera hatte die Hochobliebe unserm am Leipzig ausgewiesenen
Genossen Fint auf Grund des § 24 des Sozialistengesetzes „die Be-
fugniß zur gewerbmäßigen oder nicht gewerbmäßigen öffentlichen Ver-
breitung von Druckschriften, sowie die Befugniß zum Handel mit Druck-
schriften im Umherziehen“ entzogen. Da sie Fint nicht gleichzeitig das
Recht verabfolgte, gleich Heinrich XXII. ohne Arbeit leben zu können, so
trat derselbe unannehmlich bei seiner Frau, welche das Geschäft übernommen,
als Prokurist ein. Das passte aber den Staatsrettern von Gera nicht in
den Kram, der gefährliche Fint sollte mit Gewalt ausgehangert werden,
man verknürrte ihn also wegen „Zwischenhandlung gegen eine auf Grund
von r. erlassene Verfügung zu einem Monat Gefängniß. Fint ap-
pellirte an das Reichsgericht, und da es sich um eine in das
bürgerliche Geschäftleben einschneidende Frage handelte, so hatte
dieses ein Einsehen — es gibt also noch ein Reichsgericht — und hob
das Urtheil der Geraer Staatsretter auf. § 24 betreffe
nur den Gewerbetreibend im Umherziehen.

Indes, Gott verflucht die Zeiten nicht. Jetzt ist Fint wegen Beleidig-
ung des Staatsanwaltes angeklagt worden, dessen bei Gelegenheit
der Hausdurchsuchung bei Fint angesehene Drohungen, wie u. A., daß er es
versuchen will, Fint auf Grund des Sozialistengesetzes hineinfallen zu lassen
u. s. w., dieser in der Gerichtsverhandlung schlagend hatte. Für dies
hochverrätherische Vergehen wird Fint demnach vor der Geraer Oberbehörde
sich zu verantworten haben, die guten Seelen können also hoffen, daß die
irdische Nemesis den Gottlosen doch noch erreicht. Fint ist zwar so ver-
rückt, daß er den Staatsanwalt schon in dem Gesändniß gezwungen hat,
es sei „möglich“, daß er „ähnliche“ Worte gebraucht habe, indes —
guter Rath kommt über Nacht.

— Es geht uns folgender Anruf zur Veröffentlichung zu:
Anruf der sozialistisch-revolutionären Gruppe
der Hochschule zu Paris.

Bürger, Kommissionen!
Die sozialistischen Studenten zu Paris, von dem Wunsche befehl,
an der großen sozialen Bewegung ihrerseits mitzuwirken, haben sich seit
ihren zu Ehren der Proklamirung der Kommune von Paris stattgehabten
Reunions in einer sozialistisch-revolutionären Gruppe konstituir.

Wir wenden uns heute an alle unsere revolutionären Kameraden
Frankreichs und des Auslandes und laden sie ein, auch ihrerseits sich in
Gruppen zu organisiren.

Wir bitten Euch um Euren brüderlichen Beistand in unserem Be-
streben nach Gründung einer angebundenen internationalen
Federation aller sozialistischen Studenten.

Wir heißen Euch brüderlich die Hand. Hoch die soziale Revolution!
Die sozialistisch-revolutionäre Gruppe
der Pariser Hochschule.

Alle Mittheilungen und Beitrittserklärungen wolle man an den Sekre-
tär der Gruppe — Quai St. Michel 9, Paris — adressiren.

— England. Nichts kennzeichnet besser die verpörrichte Situation
der englischen Regierung als ihr Vorgehen gegen die Londoner „Freiheit“.
In England, dem Lande der Pressefreiheit par excellence, wird ein
deutsches, also der großen Masse des englischen Volkes nicht einmal
verständliches Blatt verfolgt wegen eines Artikels, der bei Weitem noch
nicht das Schärfe enthält, was in dieser Richtung schon geschrieben und
gelesen wurde. Aber freilich, der Artikel betraf englische Verhältnisse,
und das Blatt hieß „Ihrer Majestät der Königin“, die „St. James
Gazette“, hatte ihn demnigirt. Folglich mußte Etwas „gethan“ werden.
Und ein deutscher Spitzel — ob auch von der deutschen Polizei befehlt,
wird nicht hinzugefügt — begab sich in die Druckerei und verhaftete in
Ermangelung einer anderen Person den — Seyer des Blattes.

Zu einer Reuanfrage des Prozesses Mosk dikrte es wohl nicht kommen,
denn schon ist Mertens — der verhaftete Seyer — gegen Kaution
auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Reaktionen sind sich doch überall gleich. Sobald es sie betrifft,
schreiben sie bei der geringsten Veranlassung heuchlerisch über Gewalt,
sie selbst aber brennen vor Begierde, gegen ihre Gegner die äußerste Gewalt
anzuwenden. Unter den Mitgliedern der englischen Regierung herrscht
Herr Chamberlain den Standpunkt einer Veröhnungspolitik den
Irelandern gegenüber, ihm schreibt man die Abmachungen mit Parnell zu,
und gegen ihn richtet sich natürlich der Haß der reaktionären Elemente.
Nun, in einer kürzlich stattgehabten konservativen Versammlung
in Bolton rief der Friedensrichter (?) Pennington: „Wenn
Joe (Abkürzung für Joseph) Chamberlain im Pödnir-Park
ermordet worden wäre, so wäre ihm nur geschehen, was er verdient!“
Und als ihm seine konservativen Zuhörer — alle
natürlich „Feinde der Gewalt“ und Freunde des „Gesetzes“ — applau-
dirten, sagte er hinzu, daß es „wecklos sei, die Dinge zu demänteln.“

Und man bedenke man, daß Irland größtentheils von Friedens-
richtern regirt wird, gegen welche dieser Pennington noch ein Engel
an Sanftmuth ist, und welche sich nicht um fromme Wünsche beschränken,
sondern die Macht, die sie haben, auszunutzen wissen, und man wird
die Stimmung des irischen Volkes begreifen, man wird ermessen können,
was es mit den „irischen Greuelthaten“ auf sich hat!

Die Unterdrückungsbill ist auch in zweiter Lesung angenommen worden,
aber die Minorität gegen dieselbe ist eine größere als in der ersten
Lesung. Neben den irischen Deputirten stimmten auch acht englische
Radikale gegen dieselbe. Die irischen Deputirten erklärten durch ihr
Mitglied Sexton, daß es von der Art der Anwendung des Unter-
drückungsgesetzes abhängt, ob sie noch länger die parlamentarische Ver-
antwortlichkeit auf sich nehmen könnten, oder ob es ihre Pflicht sein
werde, die Regierung und das irische Volk sich Ang in Auge gegenüber-
sehen zu lassen. Die Entscheidung über den Gang der Ereignisse liegt
also bei den irischen Revolutionären.

Wir führten in unserer vorletzten Nummer auch Michael Davitt
als Anhänger des privaten Grundbesitzes auf. Es war das ein Irrthum.
Davitt ist ein Anhänger der Ueberführung des Grund und Bodens in
den Gemeinbesitz des Volkes, und wird sogar als solcher demnach eine
Agitationsreise durch England und Schottland unternehmen.

Korrespondenzen.

— Großenhain, 18. Mai. Unsere Fortschrittler — 6 Mann und
seine Männer — wollten heute ihren großen Trampf ausfeilen. Der
große Eugen Richter war in einem Vortrag in einer öffentlichen

Versammlung des fortschrittlichen Wahlvereins“ geladen und auch ge-
kommen — nachdem die Reklametromme richtig gerührt worden war.
Natürlich waren wir sehr erfreut, einmal den großmüthigen Engen, der
in Berliner und anderen Volksversammlungen unseren „Agitatoren“ stets
so sorgsam aus dem Wege gegangen, vor die Klinge zu bekommen, und
Liebknecht, von dem freundlichen Ereigniß in Kenntniß gesetzt, eilte
sogar hierher, um mit seinem alten Bekannten einmal „parlamentarisch“
abzurechnen.

Das war nun freilich nicht nach dem Geschmack des Herrn Engen und
seiner fortschrittlichen sechs Mann.

Die Versammlung war auf halb 6 Uhr aberaunnt. Da die Nachricht
der bevorstehenden Redefahrt sich weit verbreitet hatte, war der Ver-
sammlungslokal schon um 5 Uhr überfüllt, wobei unsere Genossen mindestens
eine Zweidrittelmajorität bildeten.

Da die Fortschrittler nur eine öffentliche Versammlung ihres Wahl-
vereins, nicht eine allgemeine Wählerversammlung angekündigt hatten, so
verzichteten wir auf die Bureauwahl. In unserem Namen aber meldete
sich Genosse Preißer zur Geschäftsordnung und Wort, um anzufangen,
ob nach Richter's Vortrag eine Diskussion gestattet sei.

Darob stiftete Entrüstung des Richter und seiner 6 Mann. Fort-
schrittliche Kasse: Hinans mit dem Raubdieb! Das ist Hausfriedensbruch!
u. s. w. Wir bestanden aber auf Antwort. Ein Versuch gewaltsamer
Ermittlung scheiterte unter homerischem Gelächter an der fatalen Thatfache,
daß die Fortsetzung des Versuchs der Spieß umgedreht und die 6 Fort-
schrittler sammt ihrem verdungen Engen elegant „an die Luft geföhrt“
worden wären.

Herr Engen macht mehrmals vergebliche Anstrengungen, seinen Vor-
trag vom Stapel zu lassen. Die gewünschte Diskussion zu gestatten, läßt
der biedereren Fortschrittler gar nicht ein.

Und da mußte denn das Verhängniß die fortschrittlichen Herren Banern-
sänger ereilen: der überwachende Polizeibeamte erklärte die Versammlung
für geschlossen!

Und betrübt zogen die Herren Fortschrittler in das beste Hotel, wo sie
beim besten Wein einigen Trost gefunden haben mögen.

Einer der Herren Fortschrittler, ein Fabrikant, bereitete sich in seiner
Wuth noch das kindliche Vergnügen, Preißer durch einen Stadtpolizisten
verhaften zu lassen. Das kindliche Vergnügen dauerte jedoch bloß eine
Minute, denn der — konfessionale, Aß über das fortschrittliche Fiasko
leineswegs entrückte — Bürgermeister von Großenhain, der sofort von
dieser skandalösen Geschehnisse in Kenntniß gesetzt ward, eilte herbei,
verordnete die augenblickliche Freilassung Preißer's und ertheilte dem
Stadtpolizisten einen tüchtigen Ruffel vor den Zeugen.

Der Schachplan der Herren Fortschrittler wurde uns nachträglich ver-
rathen. Herr Engen wollte um 8 Uhr wieder nach Berlin zurückfahren.
Wäre nun Alles programmäßig gegangen, so hätte er seinen Vortrag
um 6 Uhr begonnen, bis halb 8 Uhr perorirt und dann, nachdem er mit
einem Knausseffekt geschlossen, die Uhr herausgezogen und gesagt: „Meine
Herren, ich bedauere, Sie so früh verlassen zu müssen; aber meine Zeit
ist mir zugewandert — ich muß mich unverzüglich nach dem Bahnhof be-
geben. Ich danke Ihnen von Herzen für die freundliche Aufnahme!“ —
der Vorkühende erklärte die Versammlung für geschlossen, und wir hätten
das Nachsehen.

Gerade die Herren Fortschrittler haben sich mit besonderer Vorliebe
auf diese Taktik geworfen, sie wiederholt gegen uns ausgeübt und eine
bedeutende Virtuosität darin erlangt. Die Herren werden nun gelernt
haben, daß ihre Banernsängerliste an uns nicht verjagen.

Im Ganzen steht es im Kreise gut für unsere Sache. Die Genossen
Bollmar, Kräder und Frohme haben hier, in Wiesa und in
Reichen in mehreren fortschrittlichen Versammlungen geredet, und überall
mit Erfolg. Die letzten Tage werden wir uns noch gehörig in's Zeug
legen und bei der uns günstigen Stimmung erwarten wir sehr, in die
Stichwahl zu kommen. Und dann haben wir die besten Aussichten auf
einen definitiven Wahlsieg.

Warnung.

Vor einiger Zeit trieb sich hier ein Subjekt herum, welches auf den
Namen unseres Genossen W. Hasenclever die hiesigen Genossen zu
brandstiften suchte, aber großentheils abbligte. Auch bei der Frau
unseres verstorbenen Genossen W. Brade versuchte sich derselbe als
der Reichstagsabgeordneter Hasenclever einzuführen. Von derselben, welche
Hasenclever persönlich kennt, der Lüge geziehen, erklärte der Schwindler, der
Lieder Hasenclever's zu sein und betrete um eine Unterzeichnung. Da der-
selbe sich von hier verdrückt hat, so wird er wahrscheinlich versuchen, an
anderen Orten sein Wandern fortzusetzen und sich bei den Genossen dadurch
einzuführen suchen, daß er ihnen vorpiegelte, in einer geheimen Mission zu
kommen.

Signalement: Kaden, Zigarrenarbeiter aus Ragdeburg,
mittlere Statur, meißter Soldat, schiefer Mund.

Wir ersuchen die Genossen, eventuellen Falles dem x. Kaden die
nötige Unterstützung angedeihen zu lassen.

Die Braunschweiger Genossen.

Verichtigung. Der harmlose Fortschritt-Richter, der den
unsterblichen Majestätsbeleidigungsprozeß dritthalb
Jahre post festum bekommen hat, ist nicht der Hamburger, sondern der
Danzig-Lübener Richter, was übrigens auf dasselbe hinauskommt,
und — bloß der historischen Genauigkeit wegen konstatirt wird.

Briefkasten.

Der Redaktion: Kammungels hatber mußte ein Theil der Rund-
schau, verschiedene Korrespondenzen für die nächste Nummer zurückgelegt
werden.

Der Expedition. Baron Juchter: W. sendet keine Addr., deshalb
liegen 3 Bdg. jetzt in Zwischenhand. Bitten Abhilfe! — G. E. St.
Gilles: Fr. 250 Ab. 2. Cu. erb. Rest auf 1. Cu. war nur Fr. — 85. —
Der Bekannte i. G.: M. 30,40 à Gto. Ab. erb. Juchter unerkant.
16 hatte Ansehen, bei Zwischenhand. Unseres wird stets prompt
beantwortet. — H. F. Ebg.: M. 325 Ab. 2. Cu. erb. u. nachgeliefert.
Edg. an H. F. abgg. — Rother Hans: M. 13,70 Ab. Mai u. Schft.
erb. M. mehr. — Rothswanz: M. 15,50 Ab. u. Schft. erb. Edg.
abgg. — S. u. D. folgt später. „D.“ nochmals beordert. — T. Lidg.:
Fr. 29,25 erb. f. Ab. Fr. 18,75, Rest dem „r.“ Liste 392 dth. zugew.
Nahrung erfolgte irtümlich. — H. Besenlein in Knoploch: M. 2. —
Ab. Mai u. Juni durch G. erb. — Ag. d. Br. M. vollen: M. 12. —
Ab. 2. Cu. erb. H. gelöst. Weiteres besorgt. — J. P. Vajera: Fr. 1,40
Ab. 2. M. erb. Beilage der Red. beibehält. — V. Sch. Verrp.:
M. 1,80 Ab. u. Schft. erb. — A. Kettenleimer: Mittheilung betr. der
„ersten Pl.“ in harmlos. — Rother Franz: Alles beachtet. Was sollen
wir mit der Liste ohne — ? — Roland: Erste Antwort durch
Zwischenhand verhand. Weiteres nachgeholt u. Bf. v. 2) 5. M. 15. —
à Gto. Ab. eingetr. — Rothbart: Nachr. v. 19. ds. erb. u. „Mithel“
briefl. aufgelöst. — Herbrand: 3 Bf. in Sachen „M.“ u. „E. G.“
prompt eingetr. 2 beantwort. Sou D. ohne Lebenszeichen, trotz briefl.
Endb. G. — Gaur. Diesel: M. 14,40 Ab. 2. Cu. erb. Weiteres wird be-
sorgt. — Schorle: Befahren für 2. ab März u. 2. Cu. M. 4. — u. für D.
1. u. 2. Cu. M. 6. — Weiteres u. Bf. v. 2) 5. ds. — 117 himmel — — —
Brau. (and frdge. Kaufnahme. Weiteres an E. besorgt. Mit dem „Leib-
moniteur“ für E. haperts noch immer. Si. ei! — R. Worms: Bf.
v. 2) 5. nebst Beil. erb. Verb. u. Katalog mit 19 abgg. — Wm. u.
Lidg.: Warum gebt Ihr keine Antwort an St. ? — Fildpott: Frisch
2) abgg. In St. nochmals herr. Juch. 1/1. reklamirt. — M. B. B.:
M. 3. — Ab. 3. Cu. erb. — Fildberger: M. 47. — für das bef.
Kreblatt abgerundet, den Fildg. dth. zugew. Ab. Cpl. pr. 1882
damit ausgeglichen. — J. S. Men.: Fr. 3,57 Ab. 1. Cu. erb.
Regist. Vtes. — O. Wht. Kufferdam: Druckfehler. Sie haben 2. u.
3. Cu. bez. — Schallung: Nachr. v. 19. herr. Sonstiges erwartet. —
A. Dr.: — Bf. v. 19. erb. Weiteres gewärtigen u. notiren wir. —
Sou denjenigen Turnern auf einer Turnfahrt gesammelt: Fr. 5. —
(M. 4. —) d. Uds dth. zugew.

Gustav Faust, Schneider, gebürtig aus Grciz, Fürstenthum Reuß,
sich ansaltend in England und Amerika, ist gebeten, seine Adresse an
seinen Bruder Louis Faust, Weber, Schleifstein, Hargen
(Schweiz) zu senden.